30.

Ökumenische
Philippinen
Konferenz

Essen 2014

17.-19.10.

Klimawandel
Klimagerechtigkeit
Bewahrung der Schöpfung

Zivilgesellschaftliche und kirchliche Initiativen in den Philippinen und in Deutschland

Dokumentation

Erstellt von:

Ökumenische Philippinenkonferenz in Deutschland

philippinenbüro im Asienhaus

13. März 2015

Inhaltsverzeichnis

Programm der 30. Jahrestagung der Ökumenischen Philippinenkonferenz (ÖPK) S. 3

Factsheet: Klimawandel
Philippinenbüro S. 4

Grußwort
Das Redaktionsteam S. 6

Zivilgesellschaftliches und kirchliches Engagement in den Philippinen zu Auswirkungen des Klimawandels und bei klimaverursachten Katastrophen
Vortrag von Maria Theresa Nera-Lauron, IBON International S. 7
Das Ergebnis der Arbeitsgruppe S. 11

Engagement in den deutschen Kirchen zum Klimawandel und seinen Auswirkungen
Vortrag von Judith Meyer-Kahrs, Infostelle Klimagerechtigkeit S. 12
Das Ergebnis der Arbeitsgruppe S. 22

Projektförderung in den Philippinen – Beispiel: Katastrophen-Vorsorge und -Schutz
Father Herbert Fadriquela, VIMROD S. 23
Das Ergebnis der Arbeitsgruppe S. 30

Energiepolitik in den Philippinen und Export deutscher Kohletechnologie

Philippinenbüro S.32

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe S.37

Ökumenischer Gottesdienst

Predigt von Father Herbert Fadriquela S.38

2014: Philippinen im Überblick

Rainer Werning S.41

Themen der ÖPK seit 1985 S.47

Links S.49

IMPRESSUM

Eine Veröffentlichung des Arbeitskreises Ökumenische Philippinenkonferenz und des Philippinenbüro e.V., finanziell gefördert von Brot für die Welt (Berlin), Evangelischem Missionswerk in Deutschland (Hamburg) und MISEREOR (Aachen)

Layout und Gestaltung: Felix Bröckling

Redaktion: Angela Dencker, Jörg Schwieger, Bernhard Hoeper, Felix Bröckling

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Eleanor Koch
Gerhard-Krause-Weg 4, 53127 Bonn

30. Ökumenische Philippinenkonferenz (ÖPK)

17.-19. Oktober 2014 in Essen
Klimawandel, Klimagerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung

Zivilgesellschaftliche und kirchliche Initiativen in den Philippinen und in Deutschland

	FREITAG, 17. Oktober 2014
Ab 17.00	Anreise, Registrierung der Teilnehmenden,
18:00	Abendessen
19:00	Eröffnung der 30. ÖPK und Begrüßung der Anwesenden durch AK-Mitglied(er)
19:30	Vorstellungsrunde
20:15	Mediale Präsentation(en) **Klima-Wandel global: Auswirkungen auf Lebensverhältnisse in den Philippinen** anschl. Raum für Begegnung und Gesprächsrunden
	SAMSTAG, 18. Oktober 2014
08:00	Frühstück
09:00	Andacht
09:15 – 10:30	Maria Theresa Nera-Lauron (IBON): **Zivilgesellschaftliches und kirchliches Engagement in den Philippinen zu Auswirkungen des Klima-Wandels und bei klimaverursachten Katastrophen** Vortrag im Plenum (mit Gelegenheit zu Rückfragen und Aussprache)
10:30	Kaffeepause
11:00 - 12:30	Judith Meyer-Kahrs (Nordkirche, Abt. Weltweit): **Engagement in den deutschen Kirchen zum Klimawandel und seinen Auswirkungen** Vortrag im Plenum (mit Gelegenheit zu Rückfragen und Aussprache)
12:30	Mittagspause
14:00 – 17:00	**Aufteilung in Arbeitsgruppen und Gruppenarbeit** (mit integrierter Kaffeepause) **Gruppe A:** Philippinen, Vertiefung vom Vormittag, Maria Theresa Nera-Lauron **Gruppe B:** Deutschland, Vertiefung vom Vormittag, Judith Meyer-Kahrs **Gruppe C:** Projektförderung in den Philippinen – Beispiel: Katastrophen-Vorsorge und –Schutz, Father Herbert Fadriquela, IFI VIMRO) **Gruppe D:** Energiepolitik in den Philippinen und Export deutscher Kohletechnologie, Philippinenbüro
17:00	Plenum: Berichte aus den Arbeitsgruppen
18:00	Abendessen
dann	Abendlicher Festakt zur 30. ÖPK
	SONNTAG, 19. Oktober 2014
08.00	Frühstück
09:00	Ökumenischer Gottesdienst
10:00	Dr. Rainer Werning: **Philippinen im Überblick.** Update wichtiger politischer Ereignisse der vergangenen 12 Monate und Ausblick auf die kommenden Jahre
11:30	Abschlussrunde mit Wahlen zum Arbeitskreis der ÖPK, Rückmeldungen zur 30. ÖPK und Themenvorschlägen für die 31. ÖPK 2015
12:30	Mittagessen
13:30	Abreise

Folgen des Klimawandels

Die Länder des globalen Südens leiden weltweit am stärksten unter den Auswirkungen des Klimawandels, haben aber oft am wenigsten zu diesem beigetragen. Die Philippinen belegten 2012 den zweiten Platz der weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder. Der philippinische Klimawandel hat viele Gesichter: Heftige Regenfälle und starke Taifune nehmen deutlich zu, Meeresspiegel und Wellengang steigen und der Ozean erwärmt sich. So sind Menschenleben, Kulturgüter, Tier- und Pflanzenarten sowie ganze Ökosysteme bedroht. Der Taifun Haiyan (ph. Yolanda) mit seinen verheerenden Auswirkungen hat im November 2013 die Debatte um Auswirkungen des Klimawandels in den internationalen Fokus gerückt.

Bedrohungen durch Naturphänomene

Durchschnittlich treffen jährlich rund 20 Taifune auf das Hoheitsgebiet der Philippinen. Acht davon treffen das Festland und richten, wie der Taifun Haiyan (ph. Yolanda) im November 2013, riesige Schäden an. Neben Taifunen ist der Inselstaat von weiteren Wetterphänomenen, wie kleineren Stürmen, dem Anstieg des Meeresspiegels, Flutwellen, El Niño (extreme Trocken-) und La Niña (extreme Regenperioden) bedroht.

60% der Landfläche und 74% der Bevölkerung sind multiplen Gefahren ausgesetzt, die vom Klimawandel ausgehen. Während man einzelne 'Natur'katastrophen nicht direkt mit dem Klimawandel in Verbindung bringen kann, nehmen Häufigkeit, Intensität und Dauer von Wetterextremen deutlich zu. Zwischen 2009 und 2013 trafen die stärksten je gemessenen Taifune die Philippinen (siehe Tab. 1). Seit 1910 hat sich die Meeresoberflächentemperatur des Pazifiks um 0,6 bis 1 °C erhöht. Beides hat - heute und zukünftig - verheerende ökologische und soziale Folgen für die Philippinen.

Neben den Wetterphänomenen ist die 'Verletzlichkeit' der Philippinen im Hinblick auf den Klimawandel stark bedingt durch ökonomische, soziale und politische Faktoren. Auf staatlicher philippinischer Seite steigt zwar das Bewusstsein für den Klimawandel und die Folgen - so wurde bereits ein Klimagesetz verabschiedet und unter Vorsitz des Präsidenten eine Nationale Klimakommission geschaffen - gleichzeitig aber bleiben u.a. Abholzung, Bergbauprojekte und Verstädterung „hausgemachte“ Probleme, die die Folgen des Klimawandels weiter verstärken.

Datum des Eintreffens	Name des Taifuns	Todesopfer, Betroffene, Schäden an Infrastruktur und Agrarkultur
7.-8. Nov 2013	Haiyan (phil.: Yolanda)	- über 6300 Todesopfer - 14 Mio. Betroffene - 600 Mio € Schäden
2.-9. Dez 2012	Bopha (phil.: Pablo)	- 1067 Todesopfer - 6, 2 Mio Betroffene - 620 Mio. € Schäden
26.-28. Sept 2011	Nesat (phil.: Pedring)	- 83 Todesopfer - 3 Mio. Betroffene - 250 Mio. € Schäden
18.-21. Okt 2010	Megi (phil.: Juan)	- 31 Todesopfer - 2 Mio. Betroffene - 183 Mio. € Schäden

Tabelle 1: Daten zu den letzten verheerenden Taifunen in den Philippinen; Quelle: NDRRMC (2010-2013)

Soziale und ökologische Folgen

Mensch und Umwelt in den Philippinen leiden schon heute unter den Auswirkungen des Klimawandels. Insbesondere die ärmsten Bevölkerungsteile und indigene Gruppen haben am stärksten mit den verschiedensten Folgen zu kämpfen. Als Biodiversitäts - Hotspot sind außerdem viele endemische Tier- und Pflanzenarten bedroht.

- Trockenperioden führen zu Trinkwasserknappheit, Ernteausfällen und steigern die Wahrscheinlichkeit von Hungersnöten. 2010 wurde aufgrund von Dürren in mindestens 15 Provinzen und in ganz Mindanao der Notstand ausgerufen.
- Starkregen führt zu Erdrutschen und Überschwemmungen, die das Risiko von Denguefieber oder Malaria erhöhen.
- Die Meereserwärmung bedroht das weltweit zweitgrößte Korallenriff. Bereits ein geringer Temperaturanstieg von 1 bis 3 °C führt zur Korallenbleiche.1998 wurden so 15-20% des philippinischen Gesamtbestandes irreparabel geschädigt.
- Der Meeresspiegel-anstieg stellt eine große Gefahr für den Mangrovenbestand und andere verletzliche Ökosysteme dar. Folgen sind die Versalzung von Trinkwasserreservoires und Agrarflächen.

Prognosen

- Bis 2020 steigt die Temperatur um 0,9 bis 1,2 °C.
- Bis 2050 steigt die Temperatur um 1, 7 bis 3,0 °C - vor allem in Mindanao. Die Mehrheit int. Studien hält einen Anstieg von 2°C bis 2050 für unvermeidbar und geht bei unverändertem Emissionsausstoß von einem Anstieg von bis zu 6 °C bis 2100 aus.
  Die Ernährungssicherheit der Philippinen ist vom Temperaturanstieg bedroht. Mit jedem Grad mehr sinkt die Agrarproduktivität der Philippinen um 10 bis 15% und der Fischfang in südostasiatischen Gewässern geht bis 2050 um 50% zurück.
- Die Niederschlagsmenge nimmt in Luzon und den Visayas um mehr als 16% zu. In Mindanao nimmt sie um 11% ab. Die sich verändernden Regenmengen haben bereits heute negative Auswirkungen auf die Agrarproduktivität in Luzon (ca. 60 % des philippinischen Reisanbaus) und in Mindanao („Kornkammer“ der Philippinen).
- Der Anstieg des Meeresspiegels um 1m bedroht vor allem Sulu, Palawan, Northern Samar, Zamboanga Sibugay, Basilan, Cebu, Davao, Bohol, Camarines Sur und Quezon; 703 von 1610 Städten wären hiervon betroffen, 13,6 Mio. Menschen müssten bis 2050 umgesiedelt werden.

Quellen / Weiterführende Literatur:

- Handbuch Philippinen. (Hg.) N. Reese; R.Werning
- Climate Change Commission (2010): *National Framework Strategy on Climate Change 2010-2022*.
- Sönke Kreft & David Eckstein-Germanwatch (2014): *Global Climate Risk Index 2014.*
- Greenpeace (2007): *The Philippines - A Climate Hotspot.*
- World Bank (2011): *Climate Risk and Adaption Country Profile - Philippines.*
- World Bank (2013): *Getting a Grip on Climate Change in the Philippines*.
- Weltkklimarat - Intergovernmental Panel on Climate Change-IPCC
  Sachstandberichte online abrufbar unter: http://www.de-ipcc.de/de/200.php

Herausgeber:

philippinenbüro e.V.

Hohenzollernring 52

50672 Köln

http://www.asienhaus.de/philippinenbuero

Grußwort

Das Bewusstsein für die Bedrohung des Klimawandels verlangt ein Umdenken und ein Aktivwerden zur Bewahrung der Schöpfung, in dessen Zentrum nach wie vor „der Mensch“ (also ich, ich auch) selbst steht, oder besser gesagt wir als Schwestern und als Brüder unterschiedlicher Generationen, mit gegenseitiger Verantwortlichkeit füreinander, eingebettet in der Schöpfung selbst. Die irdische Schöpfung über Landes- und Kontinentalgrenzen hinweg ist in ihrer Fülle, aber auch in ihrer Verletzlichkeit und Begrenztheit, unsere physische Lebensgrundlage jetzt, als auch für die zukünftigen Generationen.

Unterschiedliche Betroffenheit, Gewöhnung, Anspruch und Verstehen, Rhetorik, Praxis und harte Fakten arbeiten in unserem Bewusstsein, stellen unser Tun in Frage bis hin zu Zweifeln, ob uns das Ausmaß unseres mangelnden Bewusstseins überhaupt selber klar ist.

Würde ein aufrüttelndes Bewusstsein uns zu anderem Handeln veranlassen? Energie, Motivation und genug entschlossene Triebkraft mit sich bringen, zu Strategien des sich Einreihens und gemeinsamen, schöpferisch starken Handelns werden?

Wo stehen wir?

Von Menschen verursachte Katastrophen erfordern Prävention, Reduzierung von Emissionen ganz oben in Großindustrie und Kraftwerken, sowie Klimaanpassung und Stärkung der Resilienz in kleinbäuerlicher Produktion, in den Gemeinden und Änderungen im Lebensstil auf eigener, individueller Ebene.

Die Jahrestagung der Ökumenische Philippinen Konferenz (ÖPK), deren Dokumentation wir hier in Auszügen vorlegen, hatte zum Ziel, sich untereinander über die Philippinenarbeit auszutauschen und damit bei den Teilnehmenden der ÖPK und ihren Gruppen vor Ort in Deutschland Denkprozesse anzustoßen, wie man „hier“ als auch „auf den Philippinen“ zu einem Umdenken und vor allem zum Handeln anregen kann, als auch einen Raum gegenseitiger Ermutigungen zu geben, nicht loszulassen, sondern hier in diesem doch komplexen, immer wieder kritisch hinterfragtem Thema weiterzumachen.

Die hier vorliegende Dokumentation ist nicht als Aktenordner zum Wegstellen oder als Ablagedokumentation zur Rechenschaft bei Freunden und Förderern gedacht, sondern als lebendiges Dokument, aus dem eine Fülle von Anregungen sprechen, die Euch und uns bei der Arbeit weiterhelfen sollen.

Wir würden uns freuen, wenn die Dokumentation hierzu einen Beitrag leistet.

Das Redaktionsteam

Maria Theresa Nera-Lauron arbeitet für die Philippinische Informations- und Advovcacy-NGO „IBON International“ und nimmt unter anderem an den UN-Klimagipfeln teil.

In ihrem Vortrag am Samstagvormittag ging es um Auswirkungen des Klimawandels auf den Philippinen, besonders den Taifun Yolanda und die darauf folgenden Reaktionen aus Politik und Zivilgesellschaft.

Der vorliegende Text ist eine von der Redaktion zusammengestellte Zusammenfassung des Vortrages anhand der von Frau Nera-Lauron verwendeten Bilderpräsentation.

Yolanda und die Philippin@s ein Kampf um Leben und Würde

Die Philippinen

Wegen ihrer geographischen Lage auf diesem Planeten haben die Philippinen ein tropisches Regenwaldklima im gesamten Land. Sie liegen außerdem im pazifischen Taifun-Gürtel und sind daher regelmäßig starken tropischen Stürmen ausgesetzt.

Trotz ihres Reichtums an Rohstoffen, Naturschönheit und Kulturzeugnissen ist ein großer Teil der Philippin@s arm. 24,9 % der Individuen und 19,1% der Familien leben nach Regierungsangaben (Stand 2013) in Armut. Trotz der vielen Hochhäuser in Metro Manila ist die Wirtschaft im ländlichen Bereich noch sehr rückständig. Ein semi-feudales und semi-koloniales System, seit einiger Zeit auch mit neoliberalem Gestus, hält die Philippinen weiterhin in wirtschaftlicher Abhängigkeit von ausländischen Kräften und einer kleinen lokalen Elite, die die überwiegende Fläche des Landes besitzen.

Der Jahrhunderttaifun Hayan/Yolanda

Der tropische Sturm Hayan oder Yolanda, wie die philippinische Bezeichnung lautet, traf das Archipel am 8.11.2013. Er zog über 9 Regionen der Visayas hinweg und verwüstete 13% der Fläche der Philippinen. Insgesamt waren 16,1 Millionen Menschen bzw. 3,4 Millionen Familien direkt von dem Sturm betroffen.

Die offiziellen Statistiken (17. April 2014) beziffern 6.224 Todesopfer, sowie weitere 1.779 weiterhin als vermisst Geltende. Über vier Millionen Menschen, bzw. fast 900.000 Familien verloren ihr Zuhause. Nach offiziellen Angaben wurden 489.613 Häuser vollständig, sowie weitere 595.1449 teilweise zerstört. In den Provinzen Leyte, Biliran und Ost-Samar wurden die Ernte und die Fischerei vollständig zerstört.

Staatliches Krisenmanagement

In einer im Fernsehen übertragenen Rede versicherte Präsident Benigno Aquino den Menschen, die staatlichen Einsatzkräfte seien auf den Taifun vorbereitet.
In den ersten fünf Tagen tauchten jedoch keinerlei Regierungskräfte am Ort der Katastrophe auf. Die lokalen Behörden warteten in Schockstarre auf Anweisungen und Hilfe der nationalen Regierung. Hunger und Hilflosigkeit unter der Bevölkerung führten derweilen zu Chaos und vereinzelten Plünderungen.
Die meisten Leute verließen sich in ihrer Not jedoch auf die Gemeinschaft. Dorfbewohner trugen alles zusammen, was ihnen geblieben war, und legten gemeinsam tägliche Rationen fest.

Korruption

Anstatt unverzüglich Hilfe zu leisten, nutzten Politiker auf lokaler wie nationaler Regierungsebene de facto die Situation, um die Wirtschaftsinteressen einer kleinen Minderheit durchzusetzen, obwohl diese der Umwelt weiteren Schaden zufügen und somit das Risiko weiterer Klimakatastrophen ansteigen lassen.
Auch wenn Milliarden an ausländischen Hilfsgeldern eingingen, erreichte davon nur wenig tatsächlich die Betroffenen, und noch weniger wurde für die speziellen Bedürfnisse von Frauen und Kindern eingesetzt. Unbeständige politische Gegebenheiten und Korruption behindern bis heute die effektive Verteilung der dringend benötigten Hilfsgüter und die Durchführung von Wiederaufbaumaßnahmen.

Von der Bau-Verbots-Zone…

Eine Richtlinie zum Wiederaufbau der betroffenen Regionen wurde wenige Wochen nach dem Taifun von Präsident Aquino ausgegeben. In einer Zone von 40 Metern Abstand von der Küste darf laut dieser Richtlinie nicht gebaut werden, obwohl dort viele Menschen zuvor ihr Zuhause gehabt hatten und gerade in Küstennähe die Zerstörung am schlimmsten war. Offiziell wurde diese Politik damit begründet, die Bevölkerung nicht weiter dem Risiko aussetzen zu wollen, direkt am Wasser zu leben. Dies rechtfertigte auch die Vertreibung Tausender Fischerleute und die Zerstörung ihrer entlang der Küste notdürftig wieder aufgebauten Häuser. Mit dem Wiederaufbau der vermeintlich sichereren Wohngebiete im Inland wurden große Firmen wie etwa die San Miguel Corp. sowie die Ayala und die Aboitiz Group beauftragt.

… zur Wohn-Verbots-Zone

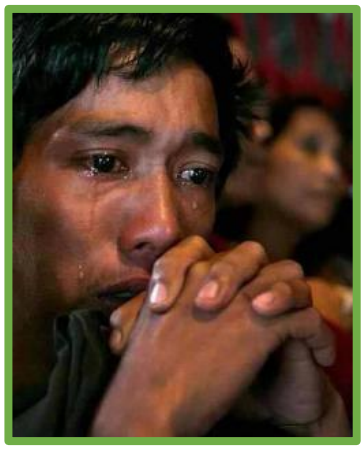
Diese und andere nationale wie internationale Bergbau- und Immobiliengesellschaften sichern sich darüber hinaus das küstennahe, ehemals besiedelte Land. Die mittlerweile erlassenen neuen Regierungsmaßgaben, die das absolute Bauverbot aufzuheben und die 40 Meter breite Sicherheitszone bloß noch zur Wohn-Verbots-Zone erklären, eröffnet diesen Baufirmen gewinnbringendes Potential. Dort sollen nun Hotels und Resorts, private Krankenhäuser und Ähnliches entstehen, darüber hinaus auch noch Magnetitsand abgebaut werden. Von dieser stark umweltschädigenden Methode, Metalle und seltene Erden zu gewinnen sind bereits ein Viertel der Visayas betroffen.

Soziale Gerechtigkeit und Klimawandel

„Erinnern Sie sich, Herr Lacson, dort, wo nach Ihrem gegen die Bevölkerung gerichteten Wiederaufbauplan die Profitmaschine der Kapitalisten errichtet werden soll, dort starben unsere Familien, stürzten all unsere Träume und Hoffnungen in sich zusammen und dort hätten wir uns wieder erheben und von neuem anfangen sollen. Sie haben uns das Recht auf Leben erneut versagt!“ So formulierte Schwester Edita Eslopar, Vorsitzende der Organisation People Surge, ihre Anklage gegen den ehemaligen Armeegeneral Lacson, der zum Verantwortlichen für die Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen nach der Katastrophe ernannt worden ist.

Das Beispiel der Bebauungspolitik zeigt, dass im aktuellen Katastrophenmanagement einer neoliberalen Politik klar die Priorität über die Anliegen und Nöte der Bevölkerung eingeräumt wird. Die unter dem ehemaligen Armeegeneral Lacson durchgeführten Rehabilitationsmaß-

nahmen gehen mit einem Anstieg von Menschenrechtsverletzungen und Vertreibung einher. Die Interessen der wirtschaftlich Einflussreichen, die wesentlich den Klimawandel voranbringen, werden somit noch in dessen heftigsten Auswirkungen über die der Betroffenen gestellt.



Die Betroffenen, gerade die Ärmsten der Armen sind am wenigsten dazu in der Lage, ihren Lebenswandel an durch den Klimawandel veränderte Bedingungen anzupassen und haben in besonderer Weise mit seinen katastrophalen Folgen zu kämpfen. So waren etwa die Fischerleute und Kleinbauern diejenigen die am schlimmsten von Yolanda betroffenen Menschen, die sowieso schon hart für ihren täglichen Reis arbeiten müssen und keine Rücklagen für Katastrophenfälle bilden konnten. Die Zerstörung ihrer Ernte und Fischerboote bringt sie nun in eine vollends verzweifelte Lage.
Die Verantwortung für den Klimawandel liegt jedoch nicht bei diesen Menschen. Die Produktionsweisen, vornehmlich des globalen Nordens, befeuert durch die Konsumgewohnheiten der globalen Ober- und Mittelschichten verursachen den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, deren Folgen die Verursacher jedoch, zumindest im globalen Norden, selten direkt zu spüren bekommen.

Die Philippinen sind jedoch stark von extremen Wetterphänomenen betroffen. Hitzewellen und Wassermangel, Erwärmung des Meeres und dann wieder Starkregenfälle und tropische Stürme. All diese Klimaauswirkungen treffen die Philippinen und nehmen in ihrer Intensität kontinuierlich zu. So gibt es mittlerweile auch in Mindanao Taifune, was früher nicht der Fall war. Auch steigen die Anzahl der jährlich verzeichneten Stürme und der Zeitraum, in dem sie auftreten. Die Philippinen belegen weltweit den vierten Platz, wenn es um Klimarisiko und Verwundbarkeit gegenüber extremen Wetterphänomenen geht. Und diese treffen natürlich diejenigen am schlimmsten, die bereits marginalisiert sind. Klimawandel wird mehr und mehr von einem ökologischen Problem zu einer Frage der sozialen und auch Geschlechtergerechtigkeit.

Auf dem internationalen Parkett wird über die Probleme der Armen im Klimawandel kaum gesprochen. Lösungsansätze drehen sich meistens um die Reduktion des CO_2-Ausstoßes mittels neuer Technologien. Dies soll wiederum von der freien Wirtschaft vollbracht werden und ist somit ein profitorientierter Ansatz, der sich um die Nöte der Menschen nur dort kümmert, wo sie Gewinn versprechen. Der lateinamerikanische Ansatz des „Buen Vivir“ ist wesentlich näher am Konzept des Respekts für Erde und Schöpfung.

Historisch gesehen trägt der globale Norden die Verantwortung für den Klimawandel, und erhält sie auch heutzutage durch die neokoloniale Investitionspolitik. Außerdem hat er die wesentlich besseren Mittel zu seiner Bekämpfung und sollte daher mit Kapitalgarantien auch anderen Ländern die Finanzierung von Maßnahmen zum Klimaschutz ermöglichen. Der internationale Fonds gibt sein Geld jedoch nur zu 25% als Garantie heraus, der Rest ist zinspflichtiger Kredit, der die Schuldenspirale weiter anheizt.

***People Surge* – Die Flut Des Volkes**

„Noch mehr als Wiederaufbau fordern wir Entschädigung! Von den imperialistischen Mächten und lokalen Eliten, die uns viel zu lange ausgenutzt, unsere Umwelt zerstört und unser Volk in Armut gestürzt haben. Wir fordern Gerechtigkeit*!“ People Surge*

People Surge ist eine gemeindebasierte Organisation, die nach Yolanda aufgrund der Inaktivität der Regierung gegründet wurde. Die Bewegung kooperiert mit Nichtregierungsorganisationen, um betroffene Gemeinden zu erreichen und bietet neben Hilfslieferungen auch post-traumatische Betreuung in Form von psycho-sozialen Aktivitäten. Dringlicher als diese Katastrophenhilfe wird allerdings mittlerweile die Lobbyarbeit: **Die Forderung nach Wiedergutmachung und Gerechtigkeit.**

People Surge bietet eine internationale Plattform für Klimageschädigte, etwa auch die US-amerikanischen Opfer des Sturms Katrina. Die Geschichten von Opfern des Klimawandels gleichen sich weltweit und der Unmut wächst, aus den Klimaschutzverhandlungen ausgeschlossen und ihren Folgen allein ausgeliefert zu sein.

In den verschiedenen internationalen Verhandlungen, ob zu den neuen Entwicklungszielen, die 2015 formuliert werden, auf den UN-Klimagipfeln oder dem Entwicklungsfinanzierungstreffen in Addis, gibt die Privatwirtschaft den Ton an. Konzerne, die von der globalen Unrechtssituation profitieren, sollten von einer starken, Verantwortung einfordernden Zivilgesellschaft herausgefordert werden. Nach dem Motto: **„Lasst keinen zurückbleiben, aber auch keinen davonkommen!“**

Im Anschluss an den Vortrag fand eine Diskussion statt. Diskussionspunkte, Fragen und Antworten sind hier nach bestem Wissen und Gewissen wiedergegeben:

F: Was denken Sie über geo-thermisch erzeugten Strom aus z.B. Leyte, der in Cebu verbraucht wird?
A: Der ganze Komplex der Energiegewinnung und –verteilung muss von Grund auf überdacht werden: Wer profitiert? Geht es gerecht zu? Die eigentliche Frage führt uns zur Demokratisierung des Energiesektors. Selbst wenn er ökologisch und „sauber“ ist müssen wir uns fragen, wer ihn besitzt und kontrolliert.

F: Was ist der aktuelle Stand bei „People Surge“?
A: Es passiert viel und der aktuelle Schwung wird gut genutzt.

F: Welche Folgen hat der privatiserte Wiederaufbau nach Haiyan/Yolanda?
A: Zunehmende Menschenrechtsverletzungen, die Kriminalisierung anderer, von den Menschen selbst vorangetriebener Wiederaufbaumaßnahmen sowie verstärkte Militarisierung.

F: Was würden Sie einer Kritik entgegnen, die Ihnen vorhielt, die Philippinen schlechtzureden und ihrem internationalen Ruf zu schaden?
A: Ganz einfach: Dass ich mein Land und die Menschen mehr liebe, als den Präsidenten.

F: Was ist der aktuelle Stand der „Wohn-Verbots-Zone“?
A: Fischer haben die Erlaubnis, dort zu fischen, allerdings nicht, dort zu leben und ihre Gemeinden wieder aufzubauen. Das altbekannte Gemeinschaftsleben ist zerstört.

F: Das Thema „Umgang mit der Schöpfung“ ist ein christliches. Was tun Kirchen auf den Philippinen, um diesen Gedanken zu stärken?
A: Es gibt etwa die „Climate Walk Action“, die von Beginn an von Bischof Tagle (Vors. der katholischen Bischofskonferenz) gefördert worden ist.
Auch wurde von philippinischen Gruppen auf die Forderung nach Klimagerechtigkeit auf dem Interfaith Climate Summit der ACT Alliance hingewiesen, die parallel zum New Yorker Klimagipfel stattfand.

F: Woher kommen die Mittel für die von “People Surge” angebotenen sozialen Dienstleistungen und wie wird deren Missmanagement vermieden?
A: “People Surge” ist ein sehr junges Bündnis, erst ein Jahr alt. Die Angebote umfassen 1. Die Koordination von besserer Versorgung Bedürftiger mit wichtigen Gütern. (Beispiel: solidarischer Samenaustausch, etc.) 2. Psychosoziale Betreuung, über das erlebte Reden, um einer Aufarbeitung der Traumata näher zu kommen. Es geht um direkte Hilfe, von Mensch zu Mensch. Es gibt eine internationale Kooperation von philippinischen und US-amerikanischen Gruppen in New York.

Während des Workshops am Samstagnachmittag wurde die Diskussion fortgesetzt. Folgende Punkte kamen auf:

- Regeln für eine erfolgreiche und effektive Kooperation mit Partnern
- Chancen und Gefahren von Bioethanol Kraftwerken
- Die Lobbystrategie des faktengestützten „expose-oppose-propose“ (aufdecken-verhindern-vorschlagen)
- Freihandel, der Verkehr von Hilfsgütern muss ermöglicht werden, trotz der Gefahren eines Freihandels unter ungleichen Partnern
- Korruption in der Hilfsgüterverwaltung Geldüberweisungen statt Sachgütern? CORDAID, CARITAS als institutionelle Kanäle für Spenden
- Krisenwirtschaft – Neue Arbeitsplätze entstehen im Wiederaufbaubereich.

Wo stehen wir?- Was können wir tun?

- Informationsarbeit, Informationen aus sozialen Medien zusammentragen und weiterverbreiten, z.B. durch Blogs
- Einfache, durchführbare Aktionen, z.B. Baumpflanzungen in Kooperation mit Partnern
- Das soziale Bewusstsein zu Klimawandel stärken, eigenen Stromverbrauch nachhaltig gestalten
- Konstante und konsistente Abfallbeseitigung nach ökologischen Standards, Energiesparen
- Fairtrade unterstützen, 2nd Hand kaufen, weniger konsumieren „weniger ist mehr!“
- An Demonstrationen und Protesten teilnehmen, Petitionen unterzeichnen
- Auch kleine Kinder umweltbewusst einbinden, als Vorbilder agieren

Judith Meyer-Kahrs ist die Verantwortliche für Projektarbeit der Infostelle Klimagerechtigkeit der evangelischen Nordkirche. Diese koordiniert die Bildungs- Lobby und Projektarbeit des Zentrums für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit.

In ihrem Vortrag am Samstagvormittag informierte Frau Meyer-Kahrs über Klimagerechtigkeit und den Beitrag, den deutsche Kirchen dazu leisten.

Der vorliegende Text wurde von der Redaktion anhand der freundlicherweise von Frau Meyer-Kahrs zur Verfügung gestellten Bilderpräsentation und dazugehörigen Notizen erstellt.

Kirchliches Engagement zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Was ist der Klimawandel?

Ohne den natürlichen Klimawandel könnten wir auf der Erde gar nicht leben, denn dann würde auf der Erde eine Durchschnittstemperatur von ca. -15 Grad herrschen. Kurzwellige Sonnenstrahlung gelangt auf die Erde, ein Teil wird reflektiert, der Rest wird in langwellige Wärmestrahlung umgewandelt und kann aufgrund der Treibhausgase nicht aus der Atmosphäre entweichen. Die Wärme wird zurück auf die Erde gestrahlt, die sich dadurch aufheizt. Je mehr Treibhausgase in der Atmosphäre vorhanden sind, desto mehr Wärme verbleibt in der Atmosphäre.

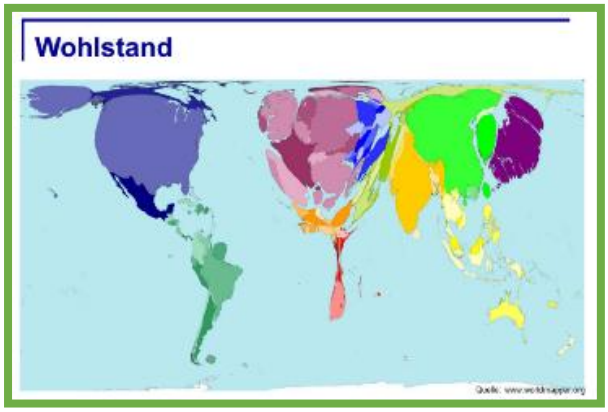
Dass der Mensch wesentlich zum aktuellen Treibhauseffekt beiträgt, es sich also um einen anthropogenen (menschgemachten) Klimawandel handelt, lässt sich an der erdhistorischen Konzentration von Treibhausgasen (THGs) feststellen. In den letzten Millionen Erdjahren lag der Anteil der THGs in der Atmosphäre nie höher als 280 ppm. Im Mai 2013 wurden nun erstmalig 400 ppm in der Atmosphäre gemessen. Ein solcher signifikanter Anstieg ist nur durch die vom Menschen ausgestoßenen Treibhausgase zu erklären.

Seit dem letzten IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) Bericht Feb. 2007 liegen die Beweise nun auf dem Tisch: Der Klimawandel «ist eindeutig, vom Menschen verursacht und wird sich selbst bei einer Stabilisierung des Treibhausgasausstoßes Jahrhunderte fortsetzen», heißt es in der Studie. Der Klimawandel ist die Herausforderung des Jahrhunderts - Jetzt muss die Weltgemeinschaft endlich handeln», sagte der Leiter des UN-Umweltprogramms, Achim Steiner, bei der Vorstellung des Berichtes. Wer nun noch untätig bleibe, werde als verantwortungslos in die Geschichte eingehen.

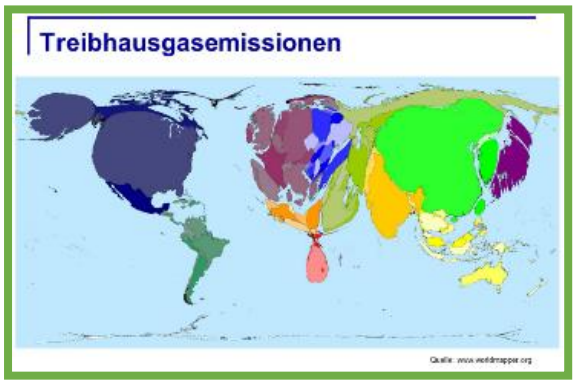
Warum ist der Klimawandel ungerecht?
Dabei geht es auch noch um differenzierte Verantwortung: Die Erwärmung und ihre Folgen treffen größtenteils den globalen Süden, welche Akteure aber tragen am meisten zum Klimawandel bei?

1.Darstellung der Größe der Länder und Kontinente entsprechend ihrer tatsächlichen Größe

2. Hier sehen sie die unterschiedlichen Weltregionen im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsanzahl. Deutlich zu erkennen ist, dass in Asien die meisten der 7 Mrd Menschen leben.

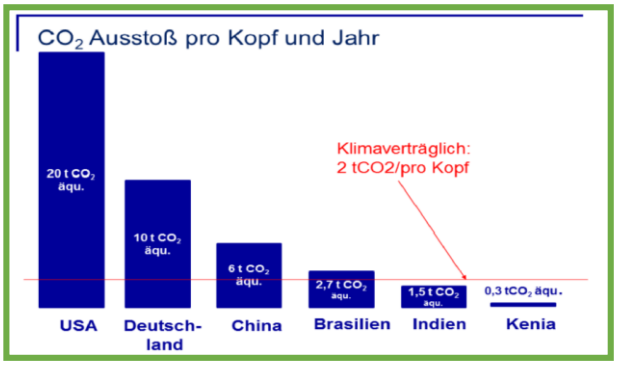


3. Hier nun die Darstellung im Verhältnis zum Wohlstand bzw. Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Länder. Hier sieht der globale Norden, insb. Aber Europa und Amerika praktisch wie aufgeblasen aus.



4. Hier ist die Größe der unterschiedlichen Weltregionen im Verhältnis zur Menge der verursachten CO_2 - Emissionen dargestellt. Dabei liegen China und die USA an der Spitze der Länder-Ranglisten. Unter der Gebietsaufteilung dieser Karte stellt China mit 24% des gesamten CO_2 – Ausstoßes den weltweit größten Emittent dar. Im Gegensatz dazu war der gesamte Kontinent Afrika für nur 3% des globalen Ausstoßes verantwortlich. Deutlich wird hierbei, dass der globale Norden eine große Verantwortung für den CO_2 Ausstoß Klimawandels trägt.

Es ist jedoch auch wichtig den CO_2 Ausstoß auch noch einmal aus einer anderen Perspektive zu vergleichen: Über den CO_2 Ausstoß pro Kopf/pro Jahr. Hierbei wird deutlich, dass selbst der große Emittent China noch unter den pro Kopf Emissionen der Industrienationen Deutschland oder den USA liegt. 2 t CO_2/ pro Kopf wären klimaverträglich.



Der Klimawandel und seine Auswirkungen betreffen also die Frage der Nord-Süd-Gerechtigkeit. Während der Norden der Hauptverursacher des Klimawandels ist, leiden hauptsächlich die Menschen in den Ländern des globalen Südens unter den Auswirkungen und haben wenig bis keine Mittel um sich an diese anzupassen.

Der Klimawandel ist eine Art Brandbeschleuniger auf die Krisenherde der Erde…
Folgen des Klimawandels treffen die Menschen in den Ländern des globalen Südens schon jetzt: Versalzung der Böden, ¾ des Meereises der Antarktis sind schon geschmolzen, Dürren und Starkregenereignisse, Überflutungen, Erdrutsche, Stürme und dergleichen mehr.

Der Klimawandel betrifft aber auch die Frage der Generationengerechtigkeit. Denn die Folgen unseres jetzigen CO_2 Ausstoßes werden viel stärker spürbar für die nachkommenden Generationen sein.
Und der Klimawandel stellt die Frage nach der Gerechtigkeit gegenüber unserer Mitwelt. Denn auch hier gilt, der Mensch als Verursacher zerstört seine Mitwelt, die nichts zum Klimawandel beigetragen hat. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten an Land und in den Ozeanen passen ihren Lebensrhythmus an veränderte Jahreszeiten an. In den sich erwärmenden Ozeanen zum Beispiel wandern Fische und Wirbellose auf der Suche nach kühleren Temperaturen polwärts oder in tiefere Schichten. Zudem wird davon ausgegangen, das sich viele Tier und Pflanzen dem schnelle Klimawandel nicht anpassen können und es so zum Artensterben kommen wird.

Was ist zu tun?

Mit dieser Definition und diesem Problembewusstsein im Hintergrund ist es noch einmal wichtig sich zu verdeutlichen, vor welcher Herausforderung wir stehen:

- Der IPCC geht davon aus, dass bis max. 2°C globaler Erderwärmung die Folgen noch handhabbar bleiben.
- Das 2 Grad Ziel wurde erstmals offiziell auf der UN-Klimakonferenz in Cancún im Dezember 2010 anerkannt.
- Es verbleiben noch 1,2 °C, um das 2°C Ziel einzuhalten
- Indigene Völker und besonders Inselstaaten plädieren für eine Verschärfung auf mindestens 1,5 °C
- Um dieses Ziel mit großer Wahrscheinlichkeit (75 %) einzuhalten, dürften die gesamten Emissionen von 2000 bis 2050 nicht über 1.000 Mrd. Tonnen steigen. Da allein von 2000 bis 2006 bereits 234 Mrd. Tonnen emittiert wurden, liegt das verbleibende Emissionsbudget bereits bei 505 Mrd. Tonnen.

- Bei gleichbleibend hohen Emissionen wäre das vorhandene Budget im Jahr 2027 ausgeschöpft.
- 2795 Gigatonnen entsprechen den bekannten Öl- und Gasreserven
- Die Herausforderung: politisch und gesellschaftlich: Eine Reduktion der THG Emissionen in Industrieländern um 80-95% und zugleich der Verbleib der bekannten Öl- und Gasreserven in der Erde
- Damit ist natürlich auch die Kirche als ein wichtiger gesellschaftlicher Akteur aber auch Emittent von Treibhausgasen gefragt

Kirchen tragen Verantwortung für Klimagerechtigkeit

Im Positionspapier der Entwicklungspolitischen Klimaplattform „ Klima der Gerechtigkeit“ heißt es „ Angesichts des Klimawandels geht es daher gleichzeitig um die Verantwortung für Gottes Schöpfung und um das Leben alle Menschen in Würde und gerechter Teilhabe“ und weiter heißt es in der Denkschrift der EKD „Umkehr zum Leben „Wir sind davon überzeugt, dass zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels und für die Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen ein einschneidender Mentalitätswandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nötig ist. Ein solche Wende zu einer nachhaltigen Wirtschaft- und Lebensweise verlangt nach einer Umkehr, die die Bibel “Metanoia“ nennt, eine „radikale und umfassende Umkehr“ In diesen Aussagen sehe ich die besondere Aufgabe der Kirchen. Sie setzen sich für eine Umkehr zum Leben ein und setzen dieses auch glaubwürdig in ihrer Kirche um durch eigene Klimaschutzmaßnahmen, nachhaltigen Konsum, durch das Engagement für eine gerechte Teilhabe an dem Gemeinschaftsgut „Atmosphäre“, durch politische Lobbyarbeit, Vernetzung mit anderen Akteuren, Bildungsarbeit, theologische Reflexion und indem die deutschen Kirchen ihre Partnerkirchen bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sowie ihren Forderungen unterstützen.

Was die deutschen Kirchen bereits für den Klimaschutz und Klimagerechtigkeit tun, soll im Folgenden dargestellt werden:

Was tun die Kirchen für den Klimaschutz

1. **Energiemanagement**

Der Grüne Hahn

Der Grüne Hahn bzw. Grüne Gockel ist ein Umweltmanagement-System der Ev. Kirche von Westfalen bzw. der Evangelischen Kirche in Württemberg, welches speziell für Kirchengemeinden entwickelt wurde. Sie können sich zertifizieren lassen, dass sie systematisch, nachvollziehbar und kontinuierlich durch ihr Handeln zu einer Entlastung der Umwelt beitragen und dieses Handeln öffentlich machen.
An dem Projekt beteiligen sich auch andere Landeskirchen, z. B. die Evangelische Landeskirche in Baden, die Evangelische Kirche der Pfalz sowie einige kath. Kirchengemeinden z.B. aus den Bistümern Köln, Essen und Paderborn.

Im Herbst 2008 hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossen, den evangelischen Landeskirchen zu empfehlen, ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2015 –gemessen am Basisjahr 2005 –um 25% zu senken. Um dieses Ziel in eigenen Programmen umzusetzen können Landeskirchen und Bistümer seit 2008 die Erstellung von integrierten Klimaschutzkonzepten, Klimaschutzteilkonzepten aber auch

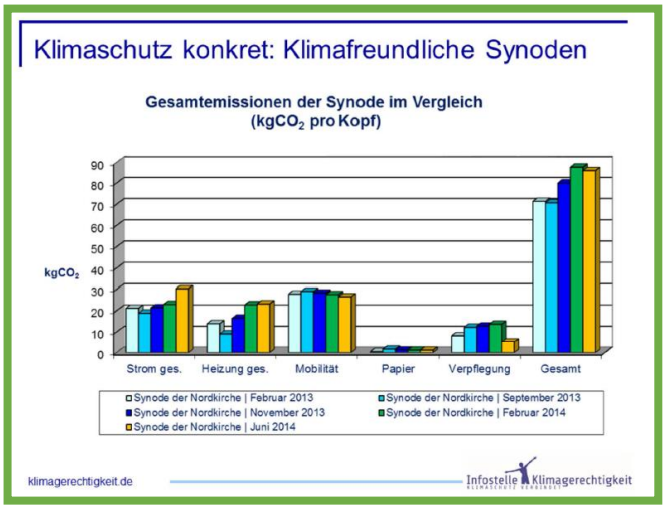
kleineren Projekten im Rahmen der Förderprogramme der nationalen Klimaschutzinitiative beantragen. In diesen Konzepten werden die Bereiche Liegenschaften, Mobilität und Beschaffung ausführlich untersucht und Maßnahmen zur Reduzierung von CO2-Emissionen erarbeitet. Mittlerweile liegen in den evangelischen Landeskirchen 9 Klimaschutzkonzepte vor, zwei weitere sind beantragt. Zudem haben vier Bistümer Klimaschutzkonzepte erstellt.

Energiemanagement in der Nordkirche

Die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes ist nur der Anfang, in einem nächsten Schritt geht es um die konkrete Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen.

- Ein Beispiel: Die Erarbeitung eines Klimaschutzgesetztes in der Nordkirche mit dem Ziel der CO2 Neutralität der Nordkirche in 2050 als konkrete Umsetzungsmaßname des Klimaschutzgesetzes.
- im September diesen Jahres wurde auf der Klimasynode ein einjähriger Konsultationsprozess zur Erarbeitung eines solchen Gesetzes gestartet
- dabei sind das Ziel CO2 Neutralität und die Finanzierung über einen Kirchensteuervorwegabzug in Höhe von 0,6 % klar
- Der Klimaschutzrahmenplan, der im Zuge einer solchen Gesetzesinitiative erarbeitet wurde, basiert auf den Maßnahmenvorschlägen des von der Uni Flensburg erarbeiteten Klimaschutzkonzeptes.
- Mit der Einberufung eines Klimaschutzgesetzes wäre die Nordkirche die erste Landeskirche mit einem solchen Gesetz
- Auf Bundesebene gibt es zudem zwei Bundesländer, die ein solches Gesetz beschlossen haben: Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg
- Ein anderes Beispiel: in der Kirche von Westfalen ist eine Klimaschutzagentur eingerichtet worden, deren Aufgabe die Beratung und Begleitung bei der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept ist.

Die Gremien- und Sitzungsstruktur in den evangelischen Landeskirchen tragen aufgrund der Mobilität der Teilnehmer, aber auch durch ihren Strom- und Wärmeverbrauch sowie die Art und Weise ihrer Verpflegung zum Klimawandel bei. Durch klimafreundliches Tagungsmanagement und die Erfassung der anfallenden CO_2 Emissionen, kann die CO2 Bilanz der einzelnen Tagungen verbessert werden.



Seit 2007 lässt die EKD CO_2 Bilanzen der Synodentagungen erstellen, die Kirche von Westfalen und die Nordkirche sind diesem Beispiel gefolgt. Hier ein Beispiel der CO_2 Bilanz der Synoden der Nordkirche. Nicht vermiedene Emissionen können über die Klima-Kollekte des kirchlichen Kompensationsfonds ausgeglichen werden.

2. Klima-Kollekte

Die **Klima-Kollekte** ist ein CO2-Kompensationsfonds christlicher Kirchen in Deutschland. Sie versteht sich als kirchliche Ergänzung zu bereits bestehenden Ausgleichsangeboten. Hervorzuheben ist, dass der Ausgleich von CO2-Emissionen durch Klimaschutzprojekte kirchlicher Organisationen oder ihrer Partner in Ländern des globalen Südens geschieht.

Gesellschafter sind:

- „Brot für die Welt“, der Evangelische Entwicklungsdienst (inzwischen fusioniert),
- das Bischöfliche Hilfswerk Misereor
- die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD),
- die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg (FEST)
- Zentrum für Mission und Ökumene (ZMÖ)

Angebot:

- Emissionsrechner zur realitätsnahen Berechnung der THG-Emissionen von Veranstaltungen, Mobilität (Flugzeug, Auto, Öffentliche Verkehrsmittel), Heizung, Strom- und Papierverbrauch.
- Wissenschaftlich fundierte und regelmäßig aktualisierte Daten.
- Ausgleich der THG Emissionen durch Klimaschutzprojekte nach dem Gold Standard zu transparenten Preisen.
  - mit einer CO_2-Ersparnis > 5.000 Tonnen pro Jahr werden nach Gold Standard zertifiziert
  - die < 5.000 Tonnen CO_2-Ersparnis /Jahr erbringen, werden stichprobenhaft extern überprüft
- Website mit Informationen zu Kompensation und Tipps zu Vermeidung und Reduktion: Klimawandel, Klimawissen und Klimatipps, Wanderausstellung, Beratung etc.
- Die Klima-Kollekte zielt darauf ab, Organisationen, Gemeinden und Einzelpersonen aus dem kirchlichen Bereich und darüber hinaus neu und verstärkt für den Ausgleich ihrer unvermeidbaren CO_2-Emissionen zu gewinnen.
- Priorität gilt dem Vermeiden und Reduzieren von Treibhausgasemissionen.
- Aus den Mitteln des Fonds werden zurzeit Klimaschutzprojekte in Indien, Südafrika und Nicaragua finanziert.
- Die Projekte werden von der beteiligten Gesellschaftern eingebracht und in der Gesellschafterversammlung entschieden. Dabei können auch kirchliche Werke, die nicht Gesellschafter der Klima-Kollekte sind, Projekte einbringen z.B. Nicaragua Projekt Mission EineWelt über ZMÖ
- Umgesetzt werden die Projekte von den (kirchlichen und nicht-kirchlichen) Partnerorganisationen der Gesellschafter.
- Das Besondere: Die Klima-Kollekte hat einen internen Fonds aufgelegt über den Kleinstprojekte (< 5.000 t CO_2) gefördert werden können, die in der Umsetzung meist teurer sind aber einen hohen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort haben.
- 2013 konnte die Klima-Kollekte Spendeneinnahmen in Höhe von knapp 290.000 Euro verzeichnen, was bei einem Preis von 23 €/ t CO_2 einer CO_2 Kompensation von 12.500 t CO_2 entspricht.
- Insgesamt wachsen die Einnahmen seit Gründung 2011 stetig an, das Ziel einer finanziellen Eigenständigkeit konnte aber noch nicht erreicht werden.

3. Wirtschaften

Öko-faire Beschaffung, Projekt „Zukunft einkaufen“

Kirchliche Einrichtungen in Deutschland kaufen jährlich für 60 Mrd. € ein, als zweitgrößte Arbeitgeber in Deutschland (insbesondere die Diakonie und Caritas) haben die katholische und evangelische Kirche zusammen einen großen Bedarf an Produkten und Dienstleistungen aus den Bereichen Büro, Hauswirtschaft oder Energie. Mit dem Projekt „Zukunft einkaufen“ soll dauerhaft die Beschaffung der Kirchen an ökologischen und sozialen Standards ausgerichtet werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag sowohl für eine nachhaltige Entwicklung als auch für die Glaubwürdigkeit der Katholischen und Evangelischen Kirche geleistet. Konkret heißt das, dass die Kirche durch öko-faire Beschaffung zur Umweltentlastung beiträgt und ihren Einfluss auf den Markt durch eine gesteigerte Nachfrage nach nachhaltigen/ ökofairen Produkten geltend macht. Auch wird die Kirche somit ihrer Vorbildwirkung für öffentliche Beschaffung und privaten Konsum gerecht. Ein Einstieg in die öko-faire Beschaffung kann die Entwicklung von Beschaffungsrichtlinien sein, in denen ökologische und faire Standards für jeden Bereich vom Reinigungsmittel über Papier bis zur Sitzungsverpflegung geregelt sind. Eine solche Richtlinie hat sich bspw. das große Werk „Brot für die Welt“ gesetzt

Investitionen

Die Evangelische Kirche Deutschland hat einen Leitfaden zu ethischem Investment heraus gegeben. Darin heißt es „Die Anlage von Geldern sollte unter Berücksichtigung unserer christlichen Werte auch sozialverträglich, ökologisch und generationengerecht erfolgen“.

In Bezug auf den Klimaschutz heißt das: Investitionen fließen nicht in Länder, die das Kyoto-Protokoll nicht unterschrieben haben. Investitionen fließen nur in Unternehmen, die ressourcenschonend produzieren und eigene Umweltstandards gesetzt haben. Bei der Investition in Fonds sollte darauf geachtet werden, dass diese auch an ethischen Standards ausgerichtet sind. „Brot Für Die Welt“ hat an Kriterien für den FairWorldFonds mitgestaltet, die die Finanzanlagen neben einer sozialen und ökologischen auch aus einer entwicklungspolitischen Sicht bewerten.

4. Bildungsangebote

Infostelle Klimagerechtigkeit

Die Infostelle Klimagerechtigkeit hat 3 Aufgabenbereiche:

- Bildungsarbeit: Workshops zum Thema Klimagerechtigkeit, Projekttage an Schulen, TN und Mitwirkung an Veranstaltungen, Mitwirkung an Aktionen z.B.Klimaaktionstage, Entwicklung von Bildungsmaterialien, Arbeit mit Konfirmanden.
- Kompensation: Durchführung von Praxisworkshops zu klimafreundlichen Veranstaltungen und der Thematik Kompensation; Beratung und Erstellung von CO2 Bilanzen und Verbesserungspotential, Beratung und Begleitung bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Ländern des globalen Südens. Mitbegründer und Gesellschafter der Klima-Kollekte, dem christlichen Kompensationsfonds.
- Mitarbeit im Fachausschuss für Projekte.

KlimaSail
KlimaSail wird organisiert vom Jugendpfarramt der Nordkirche in Kooperation mit der Aktion Brot für die Welt, dem Umweltpastor der Nordkirche und dem Verein Jugendsegeln e.V.
Ziel von KlimaSail ist es, im Sinne von Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) mit jungen Menschen ein neues Bewusstsein für einen klimaschonenden Lebensstil zu entwickeln, die Ostsee als ökologischen Nahraum zu erforschen und Klimawandel sowohl als lokale als auch globale Herausforderung zu verstehen. Die Themen einer nachhaltigen Entwicklung werden bei KlimaSail in den erlebnispädagogischen Lernort eines Traditionsseglers eingebettet.

Internationaler Jugendaktionstag für Klimagerechtigkeit
Jährlich findet Anfang Dezember während der UN Klimakonferenzen der von der Vereinten Evangelische Mission (VEM), dem Welt Netz NRW (EWN) und der Ev. Kirche von Westfalen initiierte Internationaler Jugendaktionstag für Klimagerechtigkeit statt.
Er soll mit möglichst vielen unterschiedlichen Aktionen an vielen Orten der Welt, die über soziale Medien vernetzt sind, auf Klimagerechtigkeit aufmerksam gemacht werden.

5. Kampagnen

Mission: Klima retten
Eine Kampagne der ev. Kirche von Westfalen

- "Mission: Klima retten! powered by heaven" möchte westfalenweit Jugendliche unterstützen und motivieren, sich für Klima- und Umweltschutz einzusetzen.
- In der Kampagne wird für Jugendliche erfahrbar, dass jede und jeder etwas beitragen kann, die Herausforderung Klimawandel zu bewältigen.
- Die Kampagne will dabei die Ideen, Projekte, Wünsche und Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen aufgreifen, mit ihnen konkrete Handlungsmöglichkeiten erarbeiten und sie unterstützen, diese umzusetzen.
- Die Mitmachausstellung „EcoCity“ tourt derzeit im Rahmen der Kampagne „Auf geht’s. Den Wandel gestalten“ durch die Kirchen Hessen und Nassau.

Klimawandel – Lebenswandel
Vom 2. Januar bis 20. Oktober 2011 veranstaltete die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland die Kampagne "Klimawandel - Lebenswandel". Mit allen Mitgliedern und Einrichtungen wollte sie 1.000.000 kg CO2 durch Lebensstiländerungen einsparen.

- Erreichte Einsparung: 684.521. kg CO2 mit 531 Teilnehmenden.
- Nach Abschluss der Kampagne findet man auf der Website nach wie vor aktuelle Materialien, Informationen und Tipps.

Gutes Leben. Für alle
Gutes Leben. Für alle!" - unter diesem Titel haben der Katholikenrat im Bistum Speyer, das Bistum Speyer und das Bischöfliche Hilfswerk Misereor e. V. eine bistumsweite Kampagne ins Leben gerufen.
Bis Ende November 2015 möchten die Initiatoren zusammen mit vielen weiteren Engagierten im Bistum Speyer einen Entwicklungs- und Wandlungsprozess auf privater, kirchlicher und politischer Ebene anstoßen.
In der aktuellen Kampagnen-Phase "100 Experimente ausprobieren" geht es darum, auszuprobieren, wie nachhaltige Ideen vor Ort umgesetzt werden können. Interessierte können ihre Projektidee über ein Kontaktformular anmelden und

erhalten auf Wunsch Begleitung bei der Planung und Umsetzung.

Lobbyarbeit

Auf politischer Ebene setzen sich Glaubensgemeinschaften, Kirchen und kirchliche Organisationen für Klimagerechtigkeit und den Einbezug von sozialen und Gerechtigkeitsfragen in die politischen Diskussionen um den Klimawandel ein.

Global:

- Brot für die Welt, die VEM und Misereor setzen sich auf internationalem Level für Klimagerechtigkeit ein.
- Die VEM kooperiert seit vielen Jahren mit dem Weltkirchenrat zum Thema Klimagerechtigkeit und ist Mitglied in der Klimaarbeitsgruppe des Rates.
- Mitarbeiter der drei genannten Organisationen sind auf den UN Klimakonferenzen vertreten.
- Partnerorganisationen werden unterstützt ihre Anliegen hörbar zu machen und Klimaschutzprojekte und Anpassungsprojekte umzusetzen.
- BfdW und die VEM engagieren sich zudem als Mitglieder in der ACT Alliance:
- die ACT steht für "Action by Churches Together" (Kirchen helfen gemeinsam).
- "act alliance„ ist ein Zusammenschluss von Kirchen und kirchlichen Organisationen, die gemeinsame Ziele in der Entwicklungs- und Advocacyarbeit – auch zum Klimaschutz - verwirklichen wollen.
- Mit weltweit über 160 Mitgliedern bündelt die Allianz das gemeinsame Engagement der protestantischen und orthodoxen Kirchen.

EU:

- Die EU spielt eine wichtige Rolle im Hinblick auf die internationale Klimapolitik, da es eine gemeinsame EU Politik auf den UN Klimakonferenzen gibt.
- Um ihre Interessen in den EU-Organen besser vertreten zu können, haben sich 16 protestantische Hilfswerke aus 13 europäischen Ländern zusammengetan und APRODEV den Verband Protestantischer Entwicklungsorganisationen in Europa gegründet.

National und lokal:

- Auch auf Ebene der deutschen Klimaschutzpolitik engagieren sich die großen Werke, aber auch Zusammenschlüsse wie die AGU der Ev. und Kath. Kirche politisch für Klimagerechtigkeit.
- Ein Beispiel: das Projekt Energiewende gerecht gestalten!
- Ein gemeinsames Projekt des Vereins zur Förderung Kirchlicher Umweltberatung (FKU e.V.) und der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen Bistümer (AGU).
- Ziel des Projekts ist es, auf dezentralen Veranstaltungen in ganz Deutschland die gerechte Gestaltung der Energiewende zum Thema zu machen und die Menschen zur Mitgestaltung aufzurufen und zu befähigen. Aber auch die Fachleute aus den jeweiligen Landeskirchen sind in politische Gestaltungsprozesse involviert bzw. engagiert, z.B. waren Fachleute aus der ev. Kirche in Westfalen sehr involviert in der Ausarbeitung eines Klimaschutzgesetzes für NRW.

- Über die Klima-Allianz (einem breiten Bündnis aus 110 Organisationen) engagieren sich zudem viele Kirchen politisch, z.B. durch die Unterstützung von Kampagnen und Demoaufrufen oder das Führen von Lobbygesprächen mit wichtigen Poltiker/innen in der Klimaschutzpolitik

Pilgerweg für Klimagerechtigkeit

Zum Abschluss möchte ich Sie alle einladen den Pilgerweg für Klimagerechtigkeit zur UN Klimakonferenz in Paris 2015 mitzugestalten.
Hervorgegangen aus einer Initiative der Entwicklungspolitischen Plattform und angeregt durch den Aufruf der 10. Generalversammlung des ÖRK zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens lädt nun ein breites ökumenisches Bündnis aus Landeskirchen, Diözesen, christlichen Entwicklungsdiensten, Missionswerken und (Jugend-) Verbänden zu einem Pilgerweg für Klimagerechtigkeit von September bis Anfang Dezember 2015 ein.
Der Pilgerweg verläuft von Flensburg, Rendsburg, Hamburg, Bremen, Osnabrück, Dortmund, Köln, Prüm, Trier, Metz, Saint Menhoult, Montmirail nach Paris mit einem aus Süddeutschland kommenden Zulauf.

Im Anschluss an den Vortrag fand eine Diskussion statt, Diskussionspunkte, Fragen und Antworten sind hier nach bestem Wissen und Gewissen wiedergegeben:

F: Klimaschutz v.a. als Gerechtigkeitsfrage -Dringender Kommentar dazu: Für wen wird produziert? Z.B. sind die hohen CO_2 Emissionen als Folge der chinesischen Industrieproduktion ja weniger dem Konsum im globalen Süden zuzuschreiben. Die Ungerechtigkeit liegt also auch in den Produktions- und Handelssystemen.
A: Es ist aber nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit in den Produktions- und Handelsbedingungen, sondern auch unseres Umgangs mit diesen Produktionsbedingungen und unseres Konsumverhaltens.

F: Lobby- und Advocacyarbeit: Kommt sie bei politisch Verantwortlichen an oder ist die Kirche da eine „Ruferin in der Wüste“?
A: Einfluss ist durchaus schon da durch Netzwerkunterstützung für Initiativen in Ländern des globalen Südens. Aber Einfluss auf die UN-Ebene bleibt schwierig. Hinweis auf den „Pilgerweg“ nach Paris 2015 als eine zivilgesellschaftliche Initiative mit großem, auch internationalem Potential.

F: Welche Folgen für das Klima werden Freihandelsabkommen, z.B. TTIP und CETA haben?
A: Es gibt eine Initiative für eine Bürgerbefragung zu TTIP, bisher unterstützt von 300 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kirchen.

Zur Aktionsidee Pilgerweg für Klimagerechtigkeit arbeitete einer der vier Workshops am Nachmittag des 18. Oktober. Hier die Ideen und Diskussionspunkte der Arbeitsgruppe:

- 12 Etappen: von Flensburg nach Paris

- Etappen Organisation liegt jeweils bei regionalen Gemeinden

- 1 Etappe: 4-9 Tage Pilgern + 1 Tag Workshop

- symbolischer Staffelstab

- 13. Sep 2015 – 6. Dez 2015

- Zuläufe aus Schweden, evtl. Schweiz & Österreich

- Gedenken an die Opfer des Klimawandels

Brainstorming:

- Parallele Märsche (Südafrika & Philippinen)
- Ausländische Gemeinden einbeziehen
- Flash Mob (Gesang + Tanz)
- Rundfahrradtour
- Interaktive Aktionen für Kinder
- Jede Etappe soll Handlungsanstöße geben
- Presse/Medienkontakte herstellen
- Geographie für thematischen Spannungsbogen nutzen
- Theologische Reflexion
- Ein Motto finden z.B. „We Walk for Our Own Change“
- Erkennungszeichen: Buttons, Schal
- Earth Pledge

Aktuelle Informationen finden Sie unter: http://www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/2014/10/pilgerweg-zur-un-klimakonferenz-in-paris-2015/

Father Herbert Fadriquela Jr. ist Pastor der Iglesia Filipina Independiente und hält sich derzeit für einige Monate als Pastor der philippinischen Diaspora-Gemeinde in Leicester, England auf. Er war langjähriger Leiter der Organisation VIMROD.

In seinem Workshop teilte Fr Herbert seine Erfahrungen und sein Wissen aus der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit bäuerlichen Gemeinschaften in Cebu, einer der von Taifunen und anderen Folgen des Klimawandels stark betroffenen Region der Philippinen .

Der vorliegende Text wurde von der Redaktion anhand von Fr Herbert Fadriquelas Bilderpräsentation und der von der Arbeitsgruppe erstellten Flippchart angefertigt.

Projektförderung in den Philippinen – Beispiel: Katastrophen-Vorsorge

Was ist IFI-ViMROD?

Das Visayas-Mindanao Regionalbüro für Entwicklung (ViMROD) ist die soziale Entwicklungsabteilung der Bischofskonferenz der Iglesia Filippina Independiente (IFI), die das drängende Problem schwerer Armut in marginalisierten ländlichen Gemeinden in Mindanao und den Visayas angeht.
Entsprechend seiner Mission beinhaltet das Programm von ViMROD hauptsächlich Projekte zu Ernährungssicherheit und Kapazitätsausbau für Kleinbauern, Fischer, Frauen und indigene Gemeinden. Strategien hierbei sind unter anderem: Gemeindeorganisation, Advocacy und Networking, Bildung zu Entwicklungsfragen und finanzielle Unterstützung. Durch den Fonds für Kleinprojekte wird die Gründung von Basisorganisationen gefördert, die die Probleme und Herausforderungen ihrer Gemeinde erkennen und angehen können.
IFI-ViMROD unterhält Kooperationen mit Brot für die Welt, der Deutschen Katholischen Kirche, der Österreichischen Angelikanischen Missionskirche und dem Primates Weltentwicklungsfonds.

Projekte von ViMROD

1. Ernährungssicherheit

Es soll sichergestellt werden, dass Grundnahrungsmittel in den Gemeinden erstens vorhanden, zweitens erschwinglich und drittens erreichbar sind.

ViMROD hat erreicht, dass:
1. Mindestens 50% der Mitglieder der 12 neugegründeten Basisorganisationen Zugang zu Grundnahrungsmitteln erhalten hat.
2. 30% Der Basisorganisationen ihr Einkommen durch die Produktion von umweltfreundlichen Agrarerzeugnissen steigern konnten.

2. Kapazitätsausbau

Die Basisorganisationen sollen in ihrem Bestreben unterstützt werden, ihre Rechte einzufordern und lokale Ressourcen zu nutzen.

ViMROD hat erreicht, dass:
1. Durch erfolgreiche Verhandlungen mit Farmbesitzern mindestens 30% der Farmarbeiter in den Basisorganisationen Löhne erhalten, die um mindestens 20 Peso/Monat gesteigert werden konnten.
2. Mindestens 30% der Menschen in den Basis-

organisationen haben Gesundheitsleistungen lokaler Regierungsstellen genossen.
3. Die Gemeindeverwaltungen, in denen die Basisorganisationen arbeiten, haben einen Budgetplan für Katastrophenprävention und -bewältigung erstellt und beschlossen.

Was ist Ernährungssicherheit?

Ernährungssicherheit herrscht, wenn alle Menschen zu jedem Zeitpunkt physisch und ökonomisch Zugang zu genügend sicherem und nahrhaftem Essen haben, um ihre Ernährungsbedürfnisse und Essensvorlieben für eine gesunde und aktive Lebensweise befriedigen können. (Welternährungskonferenz 1996)

Ernährungssicherheit bedeutet, dass:
1. **Essen verfügbar ist** – Die Menge und Qualität des Essens, das lokal, national und international verfügbar ist, kann von vielen Faktoren kurz- oder längerfristig beeinflusst werden. So etwa von Klima, Katastrophen, Kriegen und Aufruhr, aber auch Bevölkerungsanzahl, sozialer Status und Handelsfaktoren spielen eine Rolle.
2. Essen erschwinglich ist – Bei Nahrungsmittelkknappheit steigen die Lebensmittelpreise an, sodass Reiche sich wohl weiterhin ernähren können, die Armen aber Schwierigkeiten bekommen, ihre ausreichende Ernährung ohne Hilfe sicherzustellen.
3. Essen genutzt wird – Auf der Ebene einzelner Haushalte muss ausreichendes und abwechslungsreiches Essen zubereitet werden können, sodass die Menschen wachsen und sich normal entwickeln, ihren Energiebedarf decken und Krankheiten vermeiden können.

(http://www.globaleduca3on.edna.edu.au/globaled/go/cache/offonce/pid/177%5C%22 , accessed on 19 January 2012.)

Partnergemeinden von ViMROD befinden sich in

Region	Lage
Guimaras	Südwesten der Insel Panay
Negros Occidental	Westen der Insel Negros
Negros Oriental	Südosten von Negros
Cebu	Insel der Zentralphilippinen
Southern Leyte	Süden der Insel Leyte
Surigao del Norte	Nordosten der Insel Mindanao
Misamis Oriental	Norden der Insel Mindanao
Misamis Occidental	Nordwesten der Insel Mindanao
Davao del Sur	Süden der Insel Mindanao

Auswirkungen von Naturkatastrophen auf ViMRODs Partnergemeinden

Taifun Yolanda/Hayian

Maßnahmen von ViMROD

ViMROD führte Hilfsgüterlieferungen durch, mit besonderem Fokus auf Grundnahrungsmittel und Beleuchtungsutensilien.

Außerdem wurden psychosoziale Aktivitäten durchgeführt, die vor allem den traumatisierten Kindern eine Möglichkeit geben, das Erlebte zu verarbeiten.

Herausforderungen und Chancen

Basisarbeit mit den Gemeinden zu Ernährungssicherheit und Katastrophenmanagement

Training zu Ernährungssicherheit:
1. Programmübersicht
2. Programm und Ergebniskette
3. ABCD-Ansatz (Bestandsaufnahme, Durchführbarkeitsstudie und Projektvorschlag)
4. Gender, Entwicklung und Kinderschutz
5. Lebensmittel Eigenversorgung (**F**ood **A**lways **I**n **T**he **H**ouse, **FAITH**-Programm)

Training zu Organisationskapazitäten
1. Lokale Übersicht, über Gemeinde- und Organisationsprofil mit besonderem Fokus auf Indigene/Bauern
2. Gründungsversammlung der Basisorganisation und Leitergruppe
3. Organisationsmanagement, Projektdurchführung, Beaufsichtigung und Evaluierung

Training zu Interessensvertretung:
1. Basisworkshop zu Recherche und Dokumentation
2. Öffentlich Reden
3.Partizipatorische Klima- und Katastrophenrisikoeinschätzung
4. HIV/AIDS Prävention
5. Beschaffung von Saatkapital durch den Small Project Fund

Durch diese Arbeit ViMRODs wurde 50% der Mitglieder der Basisorganisationen Zugang zu Grundnahrungsmitteln ermöglicht. Auch konnten je 45 Mitglieder jeder Basisorganisation Kleingärten auf ihren Grundstücken anlegen.

Auch wurde drei weitere Basisorganisationen gegründet, deren Leiter/innen sich in der Projektbeantragung und -durchführung auskennen.

Klimawandel auf den Philippinen

- Anhaltende Regenfälle, die Fluten und Erdrutsche auslösen
- Anhaltende sonnige und trockene Tage, die Dürren bewirken
- Unvorhersehbarkeit von extremem Regen und Dürre
- Zunehmende Häufigkeit und Intensität von Taifunen
- Überflutungen, die Nutzpflanzen zerstören
- Vermehrter Schädlingsbefall und Krankheiten

Vor allem Kleinbauern sind von den Folgen des Klimawandels unmittelbar in ihrer Lebensgrundlage betroffen. ViMROD möchte das Prinzip der Gemeinschaftlichen Landwirtschaft in den Gemeinden etablieren, um das Einkommen der Kleinbauern sichern zu können.

Erhaltung der Biodiversität

Auch die Nutzung unterschiedlicher Pflanzen wie etwa diverser Sorten Reis oder verschiedener Gemüse, anstelle eines Anbaus in Monokultur, mindert die Anfälligkeit der Ernte für extreme Naturereignisse

„Der Weg hin zu starken Gemeinden mag lang und herausfordernd sein. Doch die Menschen sind zuversichtlich, dass sie ihr Ziel erreichen werden, da sie wissen, dass sie auf diesem Weg nicht allein sind.“ Fr Herbert Fadriquela

Zu den hier angerissenen Themen arbeitete einer der vier Workshops am Nachmittag des 18. Oktober. Hier die Ideen und Diskussionspunkte der Arbeitsgruppe:

Die „partizipative Herangehensweise“ bei Katastrophenprävention mit Basisorganisationen

- Trainings und Workshops

- Naturschutzaktionen (Pflanzen von Bäumen)

- Notfallpläne für Familien

- Evakuierungsstrategien anhand von Karten ausarbeiten
- Die ABCD-Strategie (Bedarfsorientierte Gemeindeentwicklung) zielt darauf ab, vorhandene lokale Fähigkeiten und Ressourcen in den Aktions-

plan für die Gemeinde einzubeziehen, um eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung in allen Bereichen zu ermöglichen.

Diskussionspunkte

-Landtitel

-Rolle der Regierung

-Hilfsgüter aus Steuermitteln?

-Nutzlose Nahrungsgüter

-Probleme mit dem Do-No-Harm Ansatz

-Nutzen von lokalen Fähigkeiten

-Unterstützung der lokalen Wirtschaft

-Wiederausbau von Schulen durch die Regierung

Ein weiterer Teil der Debatte ging um die Militarisierung der Hilfsoperationen. Wird die Situation vom Amerikanischen Militär dazu benutzt, andauernde US-Militärpräsenz auf den Philippinen zu rechtfertigen?

Auch stellte sich die theologische Frage, inwiefern Klimakatastrophen als Strafen bzw. Proben Gottes betrachtet werden sollten oder nicht.

Das **philippinen**büro ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum, dessen Aufgabe es ist, aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen und zu dokumentieren, sowie Kontakte in die Philippinen zu vermitteln. Der 1987 gegründete Verein hat zurzeit ca. 180 Mitglieder.

Inhalt des Workshops waren die philippinische Energiepolitik in Bezug auf Klimawandel und Energiesicherheit mit besonderer Berücksichtigung der Kohlekraft und deutscher Beteiligung daran.

Der vorliegende Text wurde von den Referierenden Jörg Schwieger und Felix Bröckling verfasst.

Energiepolitik in den Philippinen und Export deutscher Kohletechnologie

Historischer Blick auf philippinische Energiepolitik

Die philippinische Energiepolitik hat nach dem steigenden Energiebedarf auf Grund von Bevölkerungswachstum und zunehmender Industrie- und Bergbautätigkeit nach dem 2. Weltkrieg zunächst auf Elektrizitätsgewinnung aus Wasserkraft und Ölnutzung gesetzt.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden zahlreiche Staudammprojekte zur Energiegewinnung durchgeführt. Sie waren wegen der damit verbundenen Umsiedlung von Anwohner/innen umstritten und teilweise umkämpft, wie etwa der projektierte Damm am Rio Chico im Bereich der Igorot in Nordluzon.

Energiegewinnung durch ölbetriebene Kraftwerke war von Ölimporten abhängig und in Zeiten weltweit steigender Rohölpreise für die philippinische Volkswirtschaft kostspielig.

Folge dieser Energiepolitik war eine massive Energiekrise der Philippinen in den 90er Jahren. Die Stromversorgung der Bevölkerung und z.T. auch der Wirtschaft wurde rationiert und war oftmals nur für einige Stunden pro Tag und Gebiet gewährleistet. Die Geschäftswelt behalf sich mit eigenen Dieselgeneratoren: in Manila z.B. ratterte vor jedem Geschäft eine kleine „Höllenmaschine“ zur Beleuchtung der Auslagen im Schaufenster und Verkaufsraum.

Schwenk in der Energiepolitik

Um die Abhängigkeit von Rohölimporten zu mindern, setzte man auf den verstärkten Aufbau von Kohlekraftwerken in den verschiedenen Landesteilen.

Auch ein Kernkraftwerk wurde in Morong auf der Halbinsel Bataan nahe Manila gebaut – sinnigerweise auf einer Erdbebenspalte im Einflussbereich der pazifischen Erdkrustenverschiebungen. Nach jahrelangen Protesten der Bevölkerung und Bedrohung durch den Ausbruch des Vulkans Pinatubo 1991 wurde es nie in Betrieb genommen.

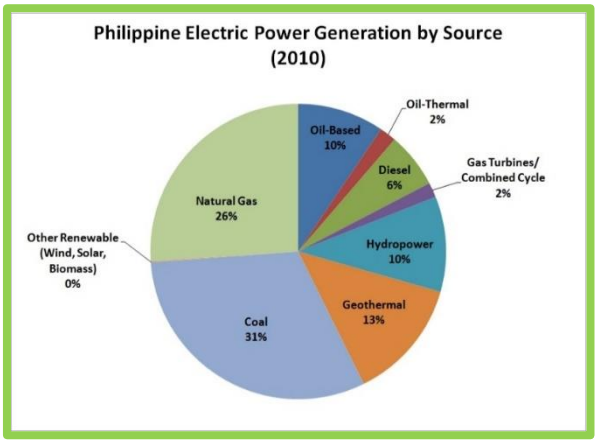
Der verstärkte Aufbau von Kohlekraftwerken als Alternative zu Wasserkraft und Öl wurde begleitet von dem Gedanken, die dazu nötige Kohle nicht nur zu importieren, sondern die in den Philippinen vorhandene Kohle zu nutzen.

Diese Planung erfuhr auch deutsche Unterstützung, z.B. bei der landesweiten Exploration von

Kohlevorkommen durch die Hilfe deutscher Geologen im Auftrag der GTZ.

Das aktuelle Bild

Einen Überblick über die gegenwärtige Energieproduktion der Philippinen zeigen die folgenden Grafiken und Tabellen:



Kraftwerkstyp	Anzahl	Bemerkungen
Wasserkraft	30	Viele kleine Anlagen (16) mit unter 10 Megawatt
Geothermal	10	
Solar	2	2 in Bau, 2 geplant
Wind	1	2 in Bau
Kohle	11	1 in Bau
Diesel	2	
Gas	3	1 in Bau
Nuklear	1	Nicht aktiv

Die Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke verdient aus zwei Gründen besondere Beachtung.

Zum einen sind Kohlekraftwerke wegen ihres CO-2-Ausstosses besonders umweltschädlich und klimabeeinträchtigend. 40% der weltweiten CO-2 Emissionen gehen auf Kohle zurück, 35% sind durch Öl verursacht.

Zum andern setzen die Philippinen auch zukünftig verstärkt auf diese umweltschädliche Energiequelle und richten ihre Energiepolitik darauf aus.

Laut Greenpeace produzieren neun in den Philippinen existierende Kohlekraftwerke zurzeit 4,3 Millionen Megawatt Strom. In den vergangenen 2 Jahren sei nun der Bau von weiteren 16 Kohlekraftwerken genehmigt worden, die dann zusätzlich 4,5 Millionen Megawatt Strom produzieren sollen. Beispielsweise befindet sich in Toril in Mindanao die Davao Coal Fired Power Plant der Firma Aboitiz für eine Leistung von 300 Megawatt in Bau.

Die Tageszeitung Philippine Star berichtete im Juli 2014 sogar von 45 neu geplanten Kohlekraftwerken im Land, die in den kommenden 5 bis 6 Jahren ans Netz gehen sollen und eine Steigerung der CO-2 Emissionen um 65-80 Millionen Tonnen pro Jahr ergeben werden.

Philippinische Kohle?

Ein Großteil der auf den Philippinen verbrauchten Kohle wird aus China, Indonesien und Australien importiert. Laut der philippinischen Energiebehörde (DoE) wurden von den in 2010 verbrauchten 12,5 Millionen Tonnen Kohle 11 Millionen importiert. Schätzungsweise werden im Jahre 2015 16-20 Millionen Tonnen und im Jahre 2030 bis zu 40 Millionen Tonnen Kohle benötigt. Der massive Import belastet das Import-Export Verhältnis, die ausländischen Währungsreserven und somit die Möglichkeit der philippinischen Regierung, die eigene Währung stabil zu halten.

Es gibt daher Bestrebungen, lokale Kohlevorkommen zu erschließen und auszubeuten. Die auf den Philippinen vorhandene Kohle ist allerdings

von schlechter Beschaffenheit, sodass für eine bestimmte Menge Energie mehr Kohle verbrannt werden müsste als bei importierter Kohle. Dies würde die ökologische Belastung weiter zunehmen lassen, ohne ein Mehr an Energie zur Verfügung zu stellen.

Vom Juni 2011 bis Januar 2012 stieg der Preis für Kohle auf dem Weltmarkt von 53 US-Dollar auf 116 US-Dollar pro Tonne. Somit stiegen die, von ausländischen Kohleimporten abhängigen, Strompreise auf den Philippinen um ca. 1.30 PHP auf 8.70 PHP pro Kilowattstunde, eine enorme Mehrbelastung, insbesondere für arme Haushalte.

Deutsche Beteiligung

Ebenfalls in Mindanao, in Villanueva, Misamis Oriental, ist die Mindanao Coal Plant (232 Megawatt) seit 2006 in Betrieb. Sie ist zu 51% in deutschem Besitz, den kleineren Besitzanteil halten die philippinischen Firmen Aboitiz und Uygongco. Deutscher Mehrheitseigner ist die STEAG, der fünftgrößte deutsche Stromerzeuger. Die STEAG wiederum gehörte bis vor kurzem zu 51% der KSBG, der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft. Die KSBG hatte ihren STEAG-Anteil vor einigen Jahren für 649 Millionen Euro erworben und hat nun im September 2014 auch die restlichen 49% für 570 Millionen Euro von Evonik, der ehemaligen Ruhrkohle AG, übernommen. Damit ist die STEAG zu 100% im Eigentum des Stadtwerke-Konsortiums der Ruhrgebietsstädte Bochum, Dinslaken, Dortmund, Duisburg, Essen und Oberhausen, denn diesem Konsortium gehört die Kommunale Beteiligungsgesellschaft.

Werden also deutsche Kommunen in weitere der geplanten philippinischen Kohlekraftwerke investieren und deutsche Kohletechnologie nach Fernost exportieren? Und an welche Umweltschutzstandards wird man sich dabei orientieren – den deutschen oder den philippinischen?

Energie- und Umweltschutzgesetze in den Philippinen

Die Philippinische Kommission zum Klimawandel hat einen ehrgeizigen „Nationalen Klimawandel Plan“ aufgestellt. Dieser ist jedoch nur mäßig mit den Lokalen Aktionsplänen abgestimmt, was seine Durchführung enorm behindert. Ebenso wie das sehr progressive „Erneuerbare Energien Gesetz“ stehen sie zudem noch mit dem „Philippinischen Energieplan“ der Energiebehörde in Konflikt, das zum wirtschaftlichen Aufschwung verstärkt auf angeblich sichere und konstantere Kohlekraft setzt, gern wird in solchen Zusammenhängen auch von neuen bahnbrechenden „grünen Kohletechnologien“ geredet. Übersichtlich ist die Gesetzeslage also nicht, wenn es um die langfristigen Fragen philippinischer Energieversorgung geht.

Beim Abbau von Kohlevorkommen stehen den enormen steuerlichen und administrativen Anreizen zum Bergbau recht lasche Umweltschutzregularien gegenüber. So wird die Überwachung der Umweltverträglichkeit der Minen in die Hände der Betreiber gelegt und ein nicht-Einreichen der Berichte zuerst nur mit Verwarnungen und Geldstrafen von 1.000PHP (ca. 17€) geahndet. Welcher Überprüfungsmethoden und Richtwerte sich hierbei bedient wird, ist unklar, der Gesetzestext spricht bloß allgemein von einer „Vermeidung von Gefahren für Leib und Leben, Besitz und Umwelt“ bei „maximaler ökonomischer Produktion von Kohle“, um zu einem „effizienten und ökonomischen Abbauverfahren“ zu gelangen. Die Prioritäten sind also recht einfach

zu entziffern: Maximale Produktion bei nicht näher definierten, selbst zu kontrollierenden Schutzauflagen.

Die Nutzung von Kohle zur Energiegewinnung unterliegt immerhin Richtwerten zum Ausstoß von Schwefel und Stickstoffoxiden, die im „Clean Air Act“ festgelegt sind. Verbindliche Maßnahmen zur Reduktion von CO_2 gibt es allerdings keine. Hier wird nur auf sogenannte „saubere Kohletechnologien“ verwiesen, die in bestehende Kohleverwertungsprozesse integriert werden sollen, ohne deren Wirtschaftlichkeit jedoch einzuschränken.

„Grüne“ Kohle

Als „saubere“ oder „grüne“ Kohletechnologie gelten technische Neuerungen in Kohleverwertungsprozessen, die auf die eine oder andere Art für sich in Anspruch nehmen, weniger Schadstoffemissionen zu produzieren. Darunter fallen z.B. auch neue Brennertechniken, die einfach die gesetzlich festgeschriebenen Richtwerte für Schwefel und Stickoxide einhalten, da sie im Vergleich mit den alten Kohlekraftwerken weniger Schadstoffemissionen in die Atmosphäre abgeben.
Auf die eine oder andere Art und Weise müssen die beim Verbrennen von Kohle zwangsläufig anfallenden Schadstoffe allerdings entsorgt werden. Ob sie nun als Gasemissionen, als Abwässer oder als Aschereste anfallen, irgendwie gelangen sie doch in die Umwelt, womit die aktuell genutzten „grünen“ Kohletechnologien das Verschmutzungsproblem nur verlagern anstatt es zu lösen.

Ansätze wie das CSS-Verfahren (Carbon Capture and Storage) bei dem CO_2 Emissionen eingefangen und nicht in die Atmosphäre entlassen werden, sind noch in Entwicklungsstadien, die Millionen um Millionen weitere Forschungskosten benötigen, bevor an eine wirtschaftliche Nutzung gedacht werden kann. Zudem weisen diese Verfahren hohe Betriebskosten auf. Laut der Asian Development Bank würde ein vom Energiekonzern SaskPower angebotenes Verfahren die Erzeugungskosten bei klassischen Kohlekraftwerken um etwa 80% steigen lassen. Die US Energie Informations Behörde schätzt, dass ein IGCC-Kohlekraftwerk (eine experimentelle Kohleverbrennungsanlage mit niedrigem CO2 Ausstoß) Kosten von 1.383 USD, mit CSS-Verfahren sogar von 2.088 USD pro Kilowatt verursacht. Ein typischer Windpark liefert ein Kilowatt schon zu einem Preis von 1.015 USD. Wirtschaftlich sind diese „grünen“ Technologien also nicht, was deren Einführung nach ökonomischen Kriterien fragwürdig erscheinen lässt.

Ein weiterer Ansatz der „sauberen Kohletechnologie“ setzt auf alternative Rohstoffformen. So sollen Müllbriketts die Kohle ersetzen, was eine Lösung der Energie- wie auch der Müllfrage verspricht. Hier sind besonders deutsche und belgische Technologien Vorreiter. Ein kanadischer Konzern will 2015 eine Anlage auf Cebu in Betrieb nehmen, die nach diesem Prinzip operiert. Nähere Informationen hierzu finden sich jedoch nicht.
Greenpeace gibt zu bedenken, dass derartige Verfahren trotzdem hohe CO2 Emissionen verursachen, verglichen mit Wiederverwertungs- und Recyclingmethoden.

Energiekrise

Für den Sommer 2015 wird mit einer massiven Energieknappheit auf den Philippinen, insbesondere auf Luzon gerechnet. Kraftwerkswartungen, verspätete Fertigstellung neuer Kraftwerke, Verringerung der Wasserkraftkapazitäten durch El Niño und ein hoher Bedarf an Energie während der Sommermonate werde dazu führen, dass etwa 400 bis 600 Megawatt im Netz fehlen.

Die Reserven der Energienetze in Luzon und Mindanao liegen mit jeweils 8 bzw. 5 % deutlich unterhalb der benötigten 20%, was im Falle von Ausfällen in nur einem oder zwei Kraftwerken Stromausfälle nicht verhindern kann. Zudem werden 21% des Energiebedarfes aus Kraftwerken gedeckt, die über 30 Jahre alt und somit verstärkt störungsanfällig sind.

Lösungsansätze für diese Krise sind einerseits Bedarfsreduktion, so sollen kommerzielle Großverbraucher wie Malls und Firmen vom Netz abgekoppelt werden und eigene Generatoren nutzen. Auch ist von raschem Ausbau der Produktionskapazitäten die Rede. Hierfür fordert Präsident Beningo S. Aquino III. Notstandsvollmachten, um schnellstmöglich neue Projekte auf den Weg zu bringen. Der aktuelle Plan sieht vor, für 6 Milliarden Peso neue Kohlekraftwerke zu bauen, die eine Gesamtkapazität von 500 Megawatt erbringen sollen.

In den Medien wurde dieses Thema Mitte 2014 heiß diskutiert. Unternehmensnahe Zeitungen und Autoren waren den Notstandsplänen Aquinos gegenüber abgeneigt, aus Angst vor staatlichen Eingriffen in den Wettbewerb, was schon in den 1990er Jahren unter der Estrada Regierung für steigende Energiepreise gesorgt hatte. Aus dieser Richtung werden ein Ausbau der Netzinfrastruktur, sowie eine Reduktion des Bedarfes gefordert. Auch sollen bürokratische und steuerliche Auflagen für die Inbetriebnahme von Kraftwerken reduziert werden, um Investoren anzulocken und mit neuen Kraftwerken in privater Hand das Energiedefizit langfristig auszugleichen. Andere Stimmen fordern verstärkt die Nutzung erneuerbarer Energien durch die Einbeziehung der Privatwirtschaft und wiederum administrative Anreize.

Ein dritter Standpunkt vertritt eine De-Zentralisierung der Energieversorgung zur schnellen Kapazitätserweiterung. Dazu sollen bürokratische Hürden verringert und eine Einspeisung von Überschüssen ins Netz ermöglicht werden. Ein privates Solarpannel braucht von der Planung bis zur Installation maximal einen Monat, während die Installierung von kommerziellen Kollektoren mindestens zwei Monate in Anspruch nimmt.

Die Zivilgesellschaft fordert Lösungsansätze, die erneuerbare Energien fördern und die Energieversorgung in die öffentliche Hand zurückgeben und dezentralisieren. Über das akute Problem der Unterversorgung hinaus wird kritisiert, dass mehr als 2,5 Millionen Haushalte noch immer keinen Zugang zu Elektrizität haben, die Stromkosten immer weiter steigen und die Kontrolle über das Energiesystem von Erzeugung bis Verteilung in der Hand weniger Konzerne liegt, die schamlos Preisabsprachen und Umweltverschmutzung praktizieren.
Ein von der Philippinischen Bewegung für Klimagerechtigkeit herausgegebener Plan sieht Subventionen für die Errichtung von Sonnenkollektoren an Privathäusern, Schulen, Krankenhäusern und Rathäusern, einen partizipatorischen Ansatz bei der langfristigen Energieplanung, Reparatur des Agus-Pulangi Wasserkraftwerkes durch die Regierung und Finanzierung von erneuerbaren Energie Projekten in Regionen vor, die nicht ans Stromnetz angeschlossen sind.

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe:

„Die philippinische Energiepolitik setzt seit Jahren in der Produktion und für die zukünftige Planung auf Kohlekraftwerke. Dies bedeutet steigende CO2 Emissionen. Ältere Konzepte für erneuerbare Energie (Wasserkraft, Geothermie) werden nicht ausgebaut; neuere Konzepte erneuerbarer Energie (Wind, Solar, Gezeiten, Biomasse) finden Aufmerksamkeit, werden punktuell umgesetzt, aber haben in der Energiepolitik kein Gewicht. Einheimische Unternehmen (der „großen“ Familien) – zusammen mit internationalen Unternehmen (etwa: STEAG aus Deutschland) profitieren von dieser Energiepolitik und von Umweltauflagen der „freiwilligen Selbstkontrolle“; zu Lasten der Umwelt/Gesundheit. Die für 2015 vorhergesagte Energiekrise dürfte wohl diese Energiepolitik bestärken, könnte aber auch zum Einstieg in eine Politikwende (Dezentralisierung, erneuerbare Energien) führen.

Wir fragen uns: Welche Möglichkeiten der internationalen Kooperation gibt es hier?“

Am Sonntagvormittag wurde ein ökumenischer Gottesdienst gefeiert, den Schwester Hedwig-Maria Fischer von den Steyler Missionsschwestern, Fr. Herbert Fadriquela, Pastor der Iglesia Independente Philippina (IIP) und Elsie Joy dela Cruz, Pastorin der United Church of Christ in the Philippines (UCCP), gemeinsam leiteten.

"Sharing God's Resources: A Call for Solidarity Against the Reign of Greed" Acts 2:42-47

Sermon by Father Herbert Fadriquela, delivered Oct 19th 2014

And they devoted themselves to the apostles' teaching and fellowship, to the breaking of bread and the prayers. 43: And fear came upon every soul; and many wonders and signs were done through the apostles. 44: And all who believed were together and had all things in common; 45: and they sold their possessions and goods and distributed them to all, as any had need. 46: And day by day, attending the temple together and breaking bread in their homes, they partook of food with glad and generous hearts, 47: praising God and having favor with all the people. And the Lord added to their number day by day those who were being saved.

By virtue of our baptism we became part of the faith-community who believe that Christ has died, Christ is risen and Christ will come again. This faith-community is tasked to pursue the mission of Jesus because Christianity is not only about faith, it is also about hope. This hope is about a wonderful reality that awaits the faithful in the future. Throughout history, Christians pray, sing and act about this hope through trials and tribulations and they continue to pray, sing and act even in the midst of failure and despise because Christian faith is founded upon a firm hope that God is leading the faithful to a glorious future, both in heaven and on earth. The Bible contains several images of hope. A very popular one is found in the Book of Isaiah chapter 65 verse 20. The entire passage starts from verse 17 which reads, *"For behold I create new heavens and a new earth."* Verse 20 says, *"No more shall there be in it an infant that lives but a few days, or an old man who does not fill out his days, for the child shall die a hundred years old."* One of the images of hope in this passage is that of a time that is disease-free – where people naturally live out their lives of a hundred years.

In his ministry, Jesus healed the sick, but there was something more to the healing of the sick. He considered healing as a sign of the imminent coming of the kingdom of God. The passage in Luke 7:19-22. *"And John, calling two of his disciples, sent them to the Lord, saying, 'Are you he who is to come, or shall we look for another?' And Jesus answered, "Go and tell John what you have seen and heard: the blind receive their sight, the lame walk, lepers are cleansed, and the deaf hear, the dead are raised up, the poor have good news preached to them."*

Jesus did not give a straight answer. But his hearers understood it well because what Jesus was doing at the moment, including the healing of the sick, are indicators and signs that kingdom of God was breaking in. In other words, the people's hope for deliverance from suffering was being realized right in their presence. Jesus healed the sick not only to bring relief to the suffering ones but also to realize their hopes.

The poor and deprived are very important in the mission and ministry of Jesus. In the bible, Jesus' willingness to go to the outcasts of the society in his earthly ministry and his proclamation of the good news to the poor only showed that no one is excluded from the invitation to the Kingdom. The Magnificat and the story of Lazarus and the rich man describe how God blessed the poor and dealt with the rich. Following the examples and teachings of Jesus on caring and helping the poor, the early Christians shared their goods with each other. They did this as an expression of their faith and to bring hope to the poor and make sure that there will be no needy person among them.

This practice of the faith-community engaging in the secular world is called social action. Social action is understood as an activity inherent to the church's calling. It is an action of people who experienced the saving faith and saw the need to move towards the far-reaching social implications of that faith for a concrete redemptive action in political and social life. But we should be reminded that such involvement of the church in the secular arena is not for quest of power or lust of fame, because serving the least, the lost and the last is clear in the ministry of Jesus Christ. Social action is based on the faith to God who in Jesus revealed himself to a poor family and involved himself in the daily lives of the poor. There are instances, however, wherein the faith-motivated participation of the church in community development is confronted with various understanding within and outside of the faith community. Some would say that the problem of poverty has been in the world since then and that the church cannot do anything to eliminate it.

But according to Latin American theologian Jose Miguez Bonino, the church and the world should not be separated. God builds his Kingdom from and within human history in its entirety. Achieving the reign Kingdom is not the denial of history but the elimination of corruptibility within human history.

The relationship of the church and the world should be seen in the context as the state being God's instrument for the rule of justice in the nation, carries God's authority to govern the citizens, including the Christians among them. A state that is obedient to God devotes itself to the welfare of the citizens by forming a government that can respond to the needs of the lower classes, harness the people's productive energy. When the state fails to do so, it is the church's pastoral task to remind the state and call upon the citizens to seek justice. It is the church's pastoral duty to call upon the state to repent and turn from its wicked rule. The church should speak to the state at times when the state is perceived to be neglecting its duties to the people, or when the cause of justice is at stake. Here, justice specifically means the protection of the weak, the poor and the innocent from the violence and greed of the powerful. And in some extreme situations where the state is unrepentant, the church engages with the people in their quest to have alternative social structures. In such engagement of the church into the world, we see that human history is within the realm of salvation history of the divine.

As we gather for the 30th Anniversary Celebration of Ecumenical Philippine Conference here in Essen, I hope that the sharing of ideas and discussion we had has opened windows for mutual cooperation and continuing work together as we look at the current situation of the world and the opportunity to serve our least, last and lost sisters and brothers in our society as an expression of our individual and collective faith in Jesus *"who came to serve and not to be served"* as we together to bring hope in various forms to the people in the communities and organizations where are assigned and are committed to serve.

Hasta la vista!
God bless us all.

Philippinen im Überblick

Politikwissenschaftler und ÖPK-Beauftragter Philippinen-Chronist Dr. Rainer Werning lässt am Sonntagmittag die Ereignisse der letzten 12 Monate in den Philippinen Revue passieren. Seine frei vorgetragenen Ausführungen – es gilt das gesprochene Wort – fasste er diesmal getreu philippinischer Manier in Form von Abkürzungen und Akronymen zusammen.

Der vorliegende Text ist Dr. Rainer Wernings eigene verschriftlichte Version des Vortrages.

Gestattet mir, dass ich mich heute in gewisser Weise „revanchiere". Über all die Jahre, da Pin@ys uns in Teutonia Besuche abstatteten, war es stets die vornehmlichste Aufgabe und Pflicht der Einladenden, ihren Gästen einzuimpfen, sich nicht allzu vieler Abkürzungen und Akronyme zu bedienen. Nun: Das Resultat kennt jeder, der hier Anwesenden. Das klappte lediglich in den seltensten Fällen. Am Rande sei angemerkt, dass ich ein Akronym dennoch inniglich schätze – GRINGO. Nicht, dass hier wieder auf die „Amis" eingedroschen werden soll. Weit gefehlt; GRINGO steht für „Government-run and -inspired NGO". Übersetzen wir hier es der Einfachheit halber mit der legendären „eierlegenden Wollmilchsau" - woll?!

So gestatte ich mir hier und heute das Privileg, ebenfalls Abkürzungen und Akronyme, wiewohl in dosiertem Maße, zu verwenden. Beginnen wir also mit:

TRIPCAT – Triple Catastrophy

Obwohl überschattet von dem verheerenden Folgen von Taifun Haiyan, sollte der sogenannte »Zamboanga siege« oder »Zamboanga stand-off« nicht vergessen werden. So etwas hat es in der jüngeren Geschichte der Philippinen nicht gegeben, dass in einer Stadt, die laut Zensus 2010 mit gut 800.000 Einwohnern unter den zehn größten Städten im Lande zählt, ein Urban Warfare stattgefunden hat. Es gab Krieg in der Stadt! Dieser Krieg dauerte 22 Tage und kostete über 200 Menschen, darunter 25 Regierungssoldaten das Leben. Dazu in einer Stadt, wo sich mit dem Western Mindanao Command (WestMinCom) ausgerechnet das logistische Zentrum der Kriegführung gegen „den (islamistischen) Terror(ismus)" befindet! Und in dessen Innerstem, sozusagen dem Tabernakel des WestMinCom, hat letztlich der Kommandeur der ebenfalls dort domizilierten US-Eliteeinheiten das Sagen – nicht etwa ein philippinischer Offizier!

Ich will nicht verhehlen, dass Zamboanga City mit seiner wunderschönen Innenstadt und dem Fort Pilar meine Lieblingsstadt im Süden des Archipels ist. Wer prämodernen Charme liebt, ist in des Wortes mehrfacher Bedeutung gut im Lantaka Hotel by the Sea aufgehoben. Dieses Hotel diente früher einmal US-amerikanischen Offizieren als Quartier, deren Hauptanliegen es war, die rebellischen Moros zu „pazifizieren" und sie einen Kopf kürzer zu machen. Wenn man dort in der Abenddämmerung sitzt, mit einem Tanduay, Kalamansi und ein paar ice cubes … und schaut auf die in den Hafen eintuckernden und herausfahrenden Boote mit all den damit verbundenen sounds, smells and sights und erblickt in der Ferne die Konturen der Gebirgswelt der Insel Basilan – so sind das Momente, als ergriffe man einen Zipfel von Ewigkeit.

In dieser Stadt waren auf dem Höhepunkt der bewaffneten Auseinandersetzungen im September 2013 insgesamt zirka 148.000

Menschen Binnenflüchtlinge beziehungsweise obdachlos. Im Stadtzentrum gibt es das Enriquez Memorial Stadium, in dem leben heute noch immer über 10.000 Menschen – auf dem Rasen und den Tribünen. Und ich kann euch sagen, wenn man dort hingeht, ist das partout nicht angenehm. Das ist eine große, überdimensionale Fäkalienstätte. Wer heute noch den Cawa Cawa Boulevard, die Straße zum Flughafen, entlang fährt, der sieht dicht an dicht untergebrachte Badjaos, die die Tourismusbranche gern als „Seezigeuner“ verkauft. All das ist ein bis heute ungelöstes Problem bzw. die Betroffenen der Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des Misuari-Flügels der MNLF (Moro National Liberation Front – d. Red.) und Regierungstruppen warten noch immer auf ein menschenwürdiges Dasein – ein Dach über dem Kopf und eine Beschäftigungsperspektive.

Die zweite Katastrophe, die die Philippinen im letzten Jahr heimsuchte, geschah auf Bohol. Vor zwei Tagen (Anm. d. Red.: am 17. Oktober 2014) wurde das einjährige Gedenken begangen. Bohol wurde damals durch ein Erdbeben derart erschüttert, dass die schönsten architektonischen Bauten – einschließlich Kirchen – einstürzten.

Schließlich der Supertaifun Haiyan (oder Yolanda) und dessen Folgen. Ich bin ein Mensch, der präzise Begriffe liebt und es bis heute nicht versteht, was eigentlich »Klimagerechtigkeit« bedeuten soll. Entsprechend könnte man auch »Gerechtigkeit eines Klimas« sagen. Doch: Ein Klima „klimat“ nun mal und wandelt sich zum Positiven oder auch nicht. Bei »Klimagerechtigkeit« geht es offensichtlich um etwas anderes. Um eine gescheite oder auch nicht gescheite Politik menschlicher Akteure, um einen Klimawandel bzw. dessen Veränderungen menschengerecht zu gestalten.

Im Deutschen haben wir das Sprichwort »Den Bock zum Gärtner machen«. Eines meiner personifizierten Antiideale seit dem Höhepunkt des First Quarter Storm im Jahre 1970 ist ein gewisser Herr Panfilo Lacson. Lacson gehörte damals zur Intelligence Unit des Metropolitan Command in Manila, welcher von der USAID aufgebaut wurde, um Studentenproteste und Arbeiterstreiks niederzuknüppeln. Jener Herr Lacson nahm eine nahtlose Karriere, wurde Polizeipräsident, später Senator und wurde sogar zeitweise – nachdem er sich nach Hongkong abgesetzt hatte – von Interpol steckbrieflich gesucht. Am 6. Dezember 2013 wurde er dem philippinischen Volk als fatales Nikolausgeschenk und »Rehabilitation Czar« präsentiert.

Wo ist Herr Panfilo Lacson jetzt? Er taucht in den Medien kaum auf. Mittlerweile ist ein 8.000-seitiges Dossier zur Rehabilitation nach Taifun Haiyan entstanden. Man muss sich an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung rufen, daß man ausgerechnet einen Sicherheitsmenschen, einen Militär beziehungsweise hohen Ex-Polizeioffizier zum Verantwortlichen des Wiederaufbaus gemacht hat. Es wird garantiert niemals – never ever – Filipin@-Communities geben, die vollständig in das Gebiet zurückkehren können, von dem sie qua Katastrophe vertrieben wurden. Vielleicht wurde Lacson nicht von ungefähr eingesetzt. Mit Blick auf Katastrophen-bewältigung gab es mehr Militärs als Hilfe. Die Katastrophe wurde ganz explizit zur „counterinsurgency“ („Aufstandsbekämpfung“) genutzt, vor allem in Samar, einer der Hochburgen der Guerilla und linken Bewegung. (Anm. d. Red.: Zwischenzeitlich hat Herr Lacson angekündigt, seinen Posten im Februar 2015 aufzugeben.)

PORCYPOL – Politics of porc

In den letzten 15 Monaten gab es in den Philippinen ein alles überragendes mediales Thema, was alle anderen Themen überschattete: Ein Korruptionsfall jagte den nächsten. Ich habe mittlerweile selbst den Überblick verloren. Man muss davon ausgehen, dass es sich dabei um gigantische Summen handelt, die sich im beinahe dreistelligen Milliarden-Peso-Bereich kumulieren. Drei Fonds spielen dabei die Hauptrolle: Erstens, das sogenannte »porc barrel«, offiziell Priority Development Assistance Fund (PDAF) genannt, was sich besser anhört. Das Wort »porc barrel« geht zurück auf die Zeiten des Amerikanischen Bürgerkriegs, in dem die weißen Herren ihren botmäßigsten Sklaven die Wahl ließen, in einem Trog eingepökelten Fleischs das beste Stück herauszupicken. Dieser Begriff hat sich bis heute eingebürgert und bezeichnet im philippinischen Kontext, dass jeder Senator 200 Millionen und jeder Kongressabgeordnete 70 Millionen Peso pro Jahr bekam, um angeblich die Lebensbedingungen in seinem Wahlkreis zu verbessern. Ihr könnt euch vorstellen, was damit geschehen ist. Die Summen sind so gigantisch gewesen, dass sie letztlich der Korruption dienten. Des Weiteren sind zu nennen, das Disbursement Acceleration Program (DAP) und der Presidential Social Fund (PSF), die mittelbar mit dem »porc barrel« zu tun haben. Über diese öffentlichen Mittel kann die Exekutive oder auch Präsident Aquino mit seinem kleinen Kreis bestimmen und sie nach Gutdünken verteilen. Wir haben gestern gehört, dass selbst Katastrophen- oder Hilfsgelder nur diejenigen bekommen, die sich politisch genehm benommen haben.

Inmitten dieser andauernden Misere über die Korruptionsberichterstattung wurde, um zwischendurch mal „Normales“ und Allzumenschliches zu würdigen, im Juli 2014 der hundertmillionste Bürger der Philippinen geboren. Als Gimmick wurden gar mehrere hundertmillionste neue Erdenbürger willkommen geheißen und jeder dieser Hundermillionsten bekam sage und schreibe – besser: klage und schreibe – 5.000 Peso – nicht als Cash, sondern „in kind“, für Windeln und so weiter. Und das von Leuten, die sich selbst mit Beträgen bedachten, die ins schier Unermessliche gingen. Einen Namen will ich hier hervorheben: Janet Lim-Napoles. Ich würde sagen, nach allem was mir bekannt ist, man müsste sich ernsthaft überlegen, ihr eine Ehrenprofessur zu überreichen, um verantwortlich zu sein in einer mir noch nicht bekannten Universität, wo sie sodann zur Dekanin einer „wirtschaftswissenschaftlichen“ Voodoo-Abteilung aufstiege. Diese Frau ist wirklich genial. Wenn man ihre Gedanken weiterspinnt, im Wirtschaftsbereich, mit Blick auf die politische Korruption, gehörten nahezu sämtliche Senatoren in den Knast. Mein Gott, wie könnte man mit den involvierten Geldern sinnvoll umgehen?

Meine Idee wäre nun: Da sich ohnehin schon einige Politiker in sehr privilegierter Haft befinden, schließt man den Kongress und macht dort eine Markthalle für die hauptsächlich von Katastrophen betroffenen Menschen auf. Man gibt ihnen Cash und versucht, sie zu Einkommen schaffenden Maßnahmen zwecks Überlebens zu animieren. Die Kongressabgeordneten hingegen könnten fortan im Philippine General Hospital untergebracht werden. Das hat folgenden Vorteil: Es ist nicht so teuer wie die aufwändige Sicherheitsverwahrung. Wir kennen alle die Ex-Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, kurz GMA genannt. Wenn man sich da umsieht und wohin mensch auch blickt: Was ist die Hauptdiagnose? Amnesie- Partial- oder Totalamnesie. Keiner weiß etwas oder kann sich partout an gar nichts

erinnern. Alle haben mit Geldern gespielt, ziemlich hohen Summen, aber keiner weiß etwas. Herr Revilla, Senator und Ex-Schauspieler, weiß nicht, dass er reich geworden ist. Ein anderer, oberster Polizeichef, dessen Name eigentlich Programm sein sollte, Herr Purisima, hat nichts mit Reinheit, Klarheit oder Schönheit zu tun. Auch er kann sich nicht erinnern, wie er an so viel Geld gekommen ist – vielleicht durch „kickbacks“ reicher chinesischer Geschäftsleute oder Drogenbarone, wie böse Zungen in Manila vermuten, wobei sich Letztere auf diese Weise privilegierte Haftbedingungen erschlichen und erschleichen. Aber so wird Politik gemacht. Mittlerweile wurde der PDAF im November 2013 durch die Entscheidung des Supreme Court of the Philippines gekippt und für nicht legal und verfassungswidrig erklärt. Im Juli 2014 bekam Aquino eine weitere Klatsche, als auch das DAP als nicht verfassungskonform deklariert wurde. Bei Letzterem, dem PSF, steht ein Urteil noch aus.

NATSISMIS – Kurzer National Situationer mit Blicken in die Glaskugel

Es gibt zwei große Probleme in den Philippinen. Wenn die gelöst würden, könnten die Inseln „Gefahr“ laufen, makroökonomisch auf die Anrainerstaaten aufzuschließen und sich zu „entwickeln“, nämlich: das Landproblem, das Bodenproblem, nochmals das Landproblem und nochmals das Bodenproblem. Wofür kämpft die National Democratic Front of the Philippines (NDFP)? Für entschädigungslose Enteignung von Grund und Boden. Das ist wichtig. Schon seit Jahren laufen Friedensverhandlungen unter der Ägide des norwegischen Außenministeriums in Oslo – on and off. Mittlerweile kann man wohl sagen, es wird keine Gespräche mehr geben, solange Aquino im Amt ist. Warum? Es wurde bereits vor Jahren eine bilaterale Vereinbarung getroffen, das sogenannte Joint Agreement on Security and Immunity Guarantees (JASIG). Wenn man Friedensverhandlungen führt, bedarf es zweier Seiten. Die Regierung verhandelt und wenn sie das tut, muss man einen Modus vivendi finden. Entweder bekriegt man sich oder man hält sich bei weiteren Verhandlungen an bereits getroffene Vereinbarungen, um Fortschritte zu erzielen und tunlichst ausgehandelte Punkte zu befolgen. Die Krux ist, dass aktuell 15 NDFP-Consultants hinter Gittern gesperrt sind. Ihr könnt euch vorstellen, dass so keine Friedensverhandlungen möglich sind.

Nach dem Katastrophenbesuch in Zamboanga City gelang es mir dahin zu kommen, was in den Philippinen am ehesten einen Hauch von Stammheim hat. Stuttgart-Stammheim war früher der Ort, an dem die Top-Leute der sogenannten Roten Armee Fraktion (RAF) in Hochsicherheitstrakts weggesperrt wurden. In Bicutan habe ich 28 Menschen besucht, unter anderem Alan Jazmines, einen fast 70-Jährigen, ehemals Unterhändler der NDFP. Das war eine Encounter (Anm. d. Red.: Begegung) der besonderen Art. Allein vom Erscheinungsbild hätte man den Menschen lieber als Diplomaten im Department of Foreign Affairs gesehen als hinter Gittern gesperrt in Bicutan. Bicutan ist irre. Eigentlich heißt dieser Ort Camp Bagong Diwa, also »Neues Bewusstsein«. Aber wenn man dort steht und all das sieht, dann denkt man, Herr Orwell hätte hier noch zusätzlich Neusprech-Inspiration finden können.

Unterdessen hat die Moro Islamic Liberation Front (MILF) am 27. März 2014 das Comprehensive Agreement on the Bangsamoro (CAB) unterzeichnet. Wenn alles gut geht, soll dieses mit dem Ende der Amtszeit Aquinos im Juni 2016 realisiert werden. Meine große Befürchtung ist, und immer mehr Anzeichen sprechen dafür,

dass es sehr viel mehr »spoilers« *(Anm. d. Red.: Spielverderber)* geben wird, je näher der Zeitpunkt rückt, CAB zu implementieren. Cotabato und die Eliminierung von drei Personen wurde bereits angesprochen. Das Grundgesetz von Bangsamoro (Bangsamoro Basic Law, BBL) als wesentlicher Bestandteil von CAB liegt derzeit dem Kongress vor. Aber dort wird sich bis Januar nichts tun. Danach wird ein Plebiszit stattfinden. Erst im Sommer 2016 soll dann über diese neue Region abgestimmt werden. Das könnte theoretisch klappen, aber nur unter der Bedingung, dass es einen starken Präsidenten gibt, der den politischen Setup auch tatkräftig voranbringt. Aber Aquino ist derart unter Beschuss, dass es bereits zu großen Querelen zwischen Exekutive und Judikative kam – zwischen dem Obersten Gerichtshof nämlich und denjenigen, die im Malacañang-Palast sitzen. In Bezug darauf wird auch das Referendum im Jahr 2016 von Bedeutung sein. Wir werden künftig mit Sicherheit noch zahlreiche ÖPKs besuchen, in denen es um den Mindanao- bzw. Moro-Konflikt gehen wird. Selbst innerhalb des regierungsnahen Lagers gibt es „spoilers", die als Großgrundbesitzer Zoff machen und nicht akzeptieren wollen, dass auf ihre Kosten Pfründe eingeschränkt und Machtbefugnisse beschnitten werden.

Ein Wiederaufflackern des bewaffneten Kampfes von Seiten der Moros in den Südphilippinen fand Ende der 1960er Jahre statt. Das Hauptziel war ein unabhängiger Staat. Von diesem ursprünglichen Ziel wurde immer mehr abgerückt, so dass nach den ersten Verhandlungen zwischen der Moro National Liberation Front (MNLF) und dem Marcos-Regime im Jahr 1976 einige Leute sauer waren und sagten, »ihr gebt unsere Ziele auf«. So entstand die MILF. Mittlerweile hat auch die MILF zig Verträge unterschrieben, die letztlich ebenfalls eine Autonomie vorsehen. Derzeit gibt es erneut inner- wie außerhalb der MILF Bewegungen vor allem seitens einer nachwachsenden radikalisierten und politisierten Jugend, die sagen, »wir haben doch nicht gekämpft, unsere Eltern sind doch nicht gestorben, um letztendlich nicht mehr zu erzielen als damals unter Marcos«. Und so haben sich innerhalb der MILF Gruppen abgetrennt, die sich u.a. Bangsamoro Islamic Freedom Movement (BIFM) bzw. Bangsamoro Islamic Freedom Fighters (BIFF) nennen. Diese Gruppierungen machen aus der alten MILF Front gegen ihre eigene Führung. Unterstützt werden sie von Elementen, die der alten MNLF angehören. Und die alte MNLF war hauptsächlich involviert im zu Beginn bereits erwähnten »Zamboanga siege« im September 2013, bei dem aus Protest die MNLF-Flagge auf dem Rathaus von Zamboanga City gehisst werden sollte. Die MNLF sagte, sie wollten das alles friedlich machen. Aber das Militär behauptete das Gegenteil. Wenn man das untersucht, ist das natürlich eine sehr delikate Angelegenheit. Ein dafür eigentlich vorgesehener Senatsausschuss wird aber nicht zustande kommen, weil möglicherweise einige mächtige Politiker hinter dem »Zamboanga siege« standen, um dramatische Ablenkungsmanöver zu inszenieren und die Luft aus der damals großen Debatte um Korruptionsaffären herauszulassen. Unter Hauptverdacht steht derzeit vor allem der ehemalige Senatspräsident, Kriegsrechtsverwalter und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile. Dieser sitzt mit über 90 Jahren im Knast, wiewohl unter sehr privilegierten Bedingungen. Womöglich wäre auch er im Philippine General Hospital in des Wortes mehrfacher Bedeutung besser aufgehoben.

Der zentrale Ort in jeder Stadt, in jedem Dorf der Philippinen ist der Plaza Rizal. Doch in Zamboanga gibt es eine Besonderheit, landesweit, und das ist die Plaza Pershing, benannt nach einem US-General, der im Süden des Archipels besser als

„Schlächter der Moros“ bekannt ist. Diese geschichtsträchtige Plaza Pershing ist quasi ein Affront gegen jeden Moro. Die Abu Sayyaf Gruppe (ASG) nannte sich früher al-Harakat al-Islamiyya (Islamische Bewegung) und bestand allesamt aus Leuten, die von afghanischen Ex-Mudschaheddin angeführt wurden. Und da wir beim Thema Religion sind, Salafismus und Wahhabiten gehören zu denjenigen Gruppierungen, die den Koran sehr scharf auslegen. Einer der Hauptverfechter der wahhabitischen Strömung im Islam war der lange Zeit an der theologischen Hochschule in Kabul lehrende Professor Abdul Rasul Abu Sayyaf. In Ehrerbietung gegenüber ihrem damaligen Mentor hat sich ASG nach Abu Sayyaf benannt. Und eben jene ASG hat am Freitag (17.10.14) ein deutsches Paar unter Zahlung eines Lösegeldes bisher unbekannter Höhe frei gelassen.

Als letztes möchte ich ein weiteres Katastrophenkapitel der philippinischen Justizgeschichte in Erinnerung rufen: das Maguindanao- bzw. Ampatuan-Massaker. Am schwarzen Montag, dem 23. November 2009, also vor knapp fünf Jahren, geschah dort eines der größten election-related Massaker, welches dazu führte, dass 58 Personen an einem Tag erschossen wurden. Darunter waren 32 Medienleute. Ende des Jahres 2009 hatten die Philippinen die zweifelhafte Ehre zusammen mit Somalia und dem Irak an der Spitze der gefährlichsten Länder für Medienleute und Journalisten zu stehen. Nichts ist bisher geschehen. Mindestens sechs Hauptzeugen sind mittlerweile erschossen worden, weil der mächtige Ampatuan-Clan immer noch die Fäden zieht und reichlich Kohle hat, dass sogar einige Juristen nicht in den Zeugenstand treten. Es sind Richter bedroht und Anschläge auf die Häuser derjenigen verübt worden, die für die Opfer einstehen möchten. Und das ist bezeichnend für eine vierte Katastrophe, nämlich alles, was mit Rechtswesen und dem juristischen System der Philippinen zu tun hat. Denn solange es keinen den Namen wirklich verdienenden Zeugenschutz gibt, wird keine der kleinen, mittelgroßen und großen Unverschämtheiten und Schandtaten jemals aufgeklärt werden.

Nun muss eine letzte Abkürzung, nämlich EDCA, Enhanced Defense Cooperation Agreement, welches anlässlich der Staatsvisite von US-Präsident Barack Obama in Manila am 28. April 2014 unterzeichnet wurde, wieder einmal aus Zeitgründen abrupt gekürzt beziehungsweise gekappt werden … dennoch: many thanks for your kind attention!

Die sich daran anschließende Diskussion rankte sich schwerpunktmäßig um die Perspektiven des Friedensprozesses sowie um die innen- und außenpolitischen Implikationen des EDCA. Dieses ist immerhin integraler Bestandteil der US-Militärstrategie, wonach künftig der Fokus auf die Ostasien-Pazifik-Region gerichtet ist.

Bisherige Jahresthemen der ÖPK seit 1985

1985 Hamburg Erste ÖPK
Auf die Bitte philippinischer kirchlicher Organisationen und Menschen im Widerstand gegen den Diktator Ferdinand Marcos nach Verhängung des Kriegsrechts sammelte sich ein Kreis deutscher Einzelpersonen, politischer und kirchlicher Organisationen, kirchlicher Hilfswerke etc., um sich über die Situation zu informieren und zu beraten, wie man reagieren könnte.

1986 Wuppertal
Erfahrungsaustausch/Vernetzung nach Durchführung der 1.ÖPK ein Jahr zuvor in Hamburg

1987 Frankfurt
Zur kirchlichen Situation auf den Philippinen. Staatliche und kirchliche Zusammenarbeit in Deutschland in Bezug auf die Philippinen.Erfahrungen 1986/1987.
mit: Ms. Jeannie Nacpil, NCCP Manila und Dr.Rainer Werning

1988 Sankt Augustin
Landreform. Zur Situation philippinischer Frauen in der BRD.
mit: Ms. Nita Cherniguin, NFSW, Negros und Lydia Orben-Schmidt

1989 Paderborn
Menschenrechtsarbeit der kirchl. Gruppen und anderer Organisationen auf den Philippinen und in Deutschland
mit: Ms. Salvi Colina und Al Senturias

1990 Meschede/Olpe
„Help us end the war!“ Ansätze für einen Friedensprozess in den Philippinen
mit: Rev. John Marc Cajiuat und Father Tom Marti

1991 Hünfeld
Der Friedensprozess in den Philippinen am Vorabend der Präsidentschaftswahlen
mit: Dr.Maria Serena Diokno

1992 Wuppertal
Philipp. Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa
mit: Nena Gajudo-Fernandez

1993 Reinhardsbrunn / Thr.
Chancen und Grenzen von Partnerschaftsprogrammen mit den Philippinen
mit: Dieter Zabel, Jörg Schwieger, Partnerschaftsgruppen

1994 Oberursel
Wie hat alles angefangen? Wo stehen wir jetzt? Wie soll es weitergehen?
mit: Fr. Louis Hechanova, Al Senturias, Dr. Günter Reese

1995 Würzburg
Interkulturelle Begegnung und Spiritualität
mit: Edna Orteza und Sr. Irene Dabalus

1996 Bonn
Menschenrechtssituation auf den Philippinen
mit: Bishop Labayan

1997 Stuttgart
Unsere Erde - eine schöne Erinnerung. Philippinische und deutsche Christen im Einsatz für die Schöpfung
mit: Dr. Nona Calo

1998 Wuppertal
Die Wahlen gewonnen - wohin entwickeln sich die Philippinen?
mit: Eric Gutierrez

1999 Eisenach
Muslime auf Mindanao - zwischen Autonomie und Unterwerfung
mit: Zenaida Sabaani Lawi

2000 St. Augustin
Christlich-muslimischer Dialog / Friedens-initiativen / Mindanao
mit: Prof. Amilussin Jumaani

2001 Würzburg
Kultur des Friedens (Initiativen auf Mindanao)
mit: Raquel Polestico

2002 Vallendar
Migration - Menschen stimmen mit den Füßen ab

2003 Eisenach
Ökumenische Beziehungen auf den Philippinen und in Deutschland
mit: Father Galenzoga, Sophie Bodegon, Michael Schankweiler-Schell, Niklas Reese

2004 Hamburg
Nostalgie und Zukunftsstrategie
mit: Fr. Juvenal Moraleda

2005 Eisenach
Auf dem Weg zu Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung (Rolle der katholischen und evangelischen Kirchen)
mit: Caesar Villanueva und Edna Orteza

2006 Wuppertal
Jungsein auf den Philippinen
mit: Roy Calfoforo Pascres

2007 Vallendar
Alte Weisheiten gegen moderne Bedrohungen
mit: Lory Obal (Kidapawan), Fr. Diosdado Tabios

2008 Hofheim
20 Jahre Agrarreform auf den Philippinen - Land in Sicht oder Land unter?
mit: Aurea Miclav-Teves, Danilo Borjal, Eric Gutierrez

2009 Simmern/Westerwald
Mission, Entwicklung und Ökumene - Solidarität im Wandel der Zeit. 25 Jahre Ökumenische Philippinenkonferenz
mit: Rev. Malou Tinamban, Peter Eisner, Pfr. Otmar Rüther

2010 Eisenach
Können philippinische Migrantinnen die Politik ihres Heimatlandes zur Armutsbekämpfung nachhaltig beeinflussen?
mit: Basco Fernandez

2011 Siegen
Land Grabbing in den Philippinen: Privatwirtschaftliche Landinvestitionen als Gefahr für die Ernährungssicherung
mit: Ms. Alano

2012 Weimar
Die ganze Welt wird älter. Alt werden in den Philippinen. Generationenvertrag und gesellschaftlicher Wandel.
mit: Mariet Mulders NL

2013 Bonn-Bad Godesberg
Wege zu Frieden und Versöhnung. Zivilgesellschaftliches Engagement im Friedensprozess auf Mindanao
mit: Mary Ann Arnado MPC

2014 Essen-Kettwig
Klimawandel, Klimagerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung: Zivilgesellschaftliche und kirchliche Initiativen in den Philippinen und in Deutschland-
mit: Maria Theresa Nera-Lauron, Fr. Herbert Fadriquela, Judith Meyer-Kahrs

Links:

Konferenzort Haus Altfrid:
http://www.altfrid.de/

IBON International:
http://iboninternational.org/

Infostelle für Klimagerechtigkeit:
http://www.klimagerechtigkeit.de/kontakt.html

Pilgerweg für Klimagerechtigkeit:
http://www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/2014/10/pilgerweg-zur-un-klimakonferenz-in-paris-2015/

ViMROD:
http://www.ifi.ph/visayas-mindanao

Philippinenbüro:
http://www.asienhaus.de/philippinenbuero/

Rainer Werning, deutsch-philippinische Freunde:
http://dp-freunde.de/comm/autor-rainer-werning/

Brot für die Welt
http://www.brot-fuer-die-welt.de

Misereor
http://www.misereor.de/

Evangelisches Missionswerk
http://www.emw-d.de/